Nummer 41 — Hannover, 8. Oktober 1927 — 36. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Niemann, Hannover.
Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7. 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Kampfrüstung der Unternehmer.

Wir haben bereits im letzten „Proletarier" unter dem Stichwort „Die Unternehmer rüsten" auf das Rundschreiben eines Arbeitgeberverbandes hingewiesen, worin der Plan eines Riesenkampffonds der Unternehmer dargelegt wurde. Inzwischen ist mehr über diese Angelegenheit in die Öffentlichkeit gelangt. Jetzt zeigt sich mit scharfer Klarheit, daß das deutsche Unternehmertum, geführt von den Schlotbaronen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zielbewußt und systematisch auf einen allgemeinen Konflikt mit der Arbeiterschaft zusteuert.

Als der Streik in der Krefelder Textilindustrie beendet war, erklärten die Unternehmer, daß sie ein Abkommen mit den gleichen Arbeitgeberverbänden der übrigen Bezirke treffen würden, das eine gegenseitige Unterstützung bei örtlichen Streiks verbürgt. Die deutschen Arbeitgeberverbände der Textilindustrie waren bisher schon in loser Form vereinigt. Diesen losen Zusammenschluß hält man nicht für weitgehend genug, weshalb man beschloß, Kampfgemeinschaften zu errichten. Die Kampfgemeinschaft, wie sie speziell für die Seidenindustrie gedacht ist, soll die Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie der Bezirke Krefeld, München-Gladbach, Viersen, Elberfeld, Bielefeld, Münster, Gütersloh und Kottbus mit insgesamt 175 000 Arbeitern umfassen. Daneben sollen Rücksicherungen mit den Verbänden des sächsischen Textilgebietes getroffen werden. Man plant einen gemeinsamen Kampffonds zu errichten, um lokale oder bezirklich ausbrechende Arbeitskämpfe mit Kampfmaßnahmen in anderen Bezirken zu beantworten. Man will also zu dem alten Mittel großer Aussperrungen greifen, um die betreffende Gewerkschaft durch eine kolossale Belastung seiner Streikkasse auf die Knie zwingen zu können.

Noch viel umfassender und gewaltiger sind die Pläne, die von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgehen. Handelte es sich bei der Textilindustrie um ein engeres Fachgebiet, so versucht man mit den Maßnahmen, die von der Schwerindustrie ausgehen, die gesamte Industrie vom Rohstoff bis zum feinsten Fertigfabrikat zu erfassen. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat zur Bildung von „Gefahrengemeinschaften" aufgerufen, deren Zweck nach der „Bergwerks-Zeitung" ist, „Geldmittel zu sammeln, um gegen evtl. Angriffe der Gewerkschaften gerüstet zu sein". Das genannte Blatt fügt frohlockend hinzu: „Das ist eine wenig günstige Nachricht, geht doch daraus hervor, daß man in der Industrie im Zusammenhange mit der Verkürzung der Arbeitszeit und den ständigen Lohnbewegungen größere Arbeitskämpfe erwartet".

Der organisatorische Mittelpunkt dieser Gefahrengemeinschaft ist die „Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirks- und Arbeitgebervereinigung", in Düsseldorf errichtet. Dieser Austauschstelle gehören die Unternehmerorganisationen aller Industrien und Berufe an. Im ganzen sind es 21 große Verbände, die ungefähr das Gebiet in der Linie Kleve, Krefeld, Neuß, Remscheid, Siegen, Münster, Bocholt, Wesel umfassen. Die übrigen westdeutschen Bezirke von Aachen bis Worms und vom Westerwald bis Trier sind im wesentlichen der Austauschstelle Köln angeschlossen. Zwischen der Austauschstelle Köln und der Austauschstelle in Düsseldorf bestehen enge Verbindungen, so daß die Tatsache besteht, daß die gesamte westdeutsche Industrie einschließlich der chemischen, Papiererzeugungs- und Baustoff-Industrie und des Baugewerbes von Worms und Trier bis nach Kassel und Bielefeld in einem gewaltigen Block zusammengeschlossen ist.

Um den Kampf gegen die Arbeiter in breiter Front führen zu können, wurde, wie bereits gemeldet, beschlossen, pro beschäftigten Arbeiter vom Monat August an einen monatlichen Beitrag von 5 Mk. zu erheben. Nach der „Frankf. Ztg." beschäftigen die in der Austauschstelle Düsseldorf zusammengeschlossenen Unternehmer allein schon 1 Million Arbeiter. Rechnet man diese Gruppe allein, so käme pro Monat ein Beitrag von 5 Millionen Mark zusammen. Für die fünf Monate dieses Jahres von August bis Dezember würde die ungeheure Summe von 25 Millionen Mark allein in der Austauschstelle Düsseldorf zusammenlaufen. Nimmt man die benachbarten Bezirksorganisationen hinzu, so erhält man einen Kampffonds von gewaltiger Größe.

Hierbei muß noch ein wesentlicher Umstand in Berücksichtigung gezogen werden. Der rheinisch-westfälische Industriebezirk ist das Spiegelbild einer gewaltigen Kapitalkonzentration. Die großen Konzerne der Schwerindustrie haben hier ihren Sitz. An ihrer Spitze steht der große Trust, die Vereinigten Stahlwerke, A.-G. Der zweite Generaldirektor des Stahlvereins, Dr. Ernst Pönsgen, ist zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe und der Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirks-Arbeitgebervereinigung in Düsseldorf. So treffen sich in der Person des Vorsitzenden drei große Kristallisationspunkte: Die Nordwestgruppe, die die gesamte Schwerindustrie umfaßt; der Stahltrust mit seinen großen Ausläufern in ganz Deutschland und nach dem Auslande und die Austauschstelle in Düsseldorf, der sämtliche Industrien angehören. In Personalunion mit der Nordwestgruppe steht auch der Langnamenverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen), der die Bezirksstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie darstellt, ebenfalls sämtliche Industrien umfaßt und eine der mächtigsten Organisationen dieser Art ist. Der Verein für die bergbaulichen Interessen ist die Arbeitgeberorganisation für den Ruhrbergbau. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß vom 1. Oktober an in dieser Großorganisation der Vorsitz wechselt. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Bergrat Dr. Winkhaus, tritt Ernst Brandi, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke. Durchschaut man diese Organisationsentfaltung des Unternehmertums, so findet man, daß letzten Endes die Spitzen in den Direktionsstuben der großen Trusts von Rheinland und Westfalen zusammenlaufen. Hier konzentriert sich der Kampf gegen die Arbeiterklasse, mag derselbe in der Textilindustrie, in der Fertigindustrie, in der Schwereisenindustrie oder sonstwo zur Austragung kommen. Man will die mittlere und kleine Industrie zu diesem Zusammenschluß desto gefügiger machen, indem man erklärt, daß die Schwerindustrie auf eine evtl. Unterstützung aus dem gemeinsamen Kampffonds verzichtet und dieser der Fertigindustrie allein zur Verfügung stehen soll.

Warum dieser Aufwand an Kraft, warum diese Verschwendung von Summen, die besseren Zwecken dienstbar gemacht werden könnten? Direktor Pönsgen hat selbst zugegeben, daß der finanzielle Aufwand der „Kampfgemeinschaften" einer 2½prozentigen Lohnerhöhung gleichzustellen ist. Anstatt nun mindestens diese 2½ Prozent Lohnerhöhung den Arbeitern und Angestellten zu gewähren, will man sie zu verschärften Arbeitskämpfen verwenden. Selbst bürgerlichen Leuten ist eine solche Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht angenehm. So schrieb die „Vossische Zeitung":

> „Man wird namentlich in der heutigen Zeit bei der Arbeiterschaft schwerlich Verständnis dafür finden, daß monatlich aus dem Ertrage der Betriebe bedeutende Summen zur Bildung von Kampffonds gezahlt werden, die zu Lohnerhöhungen von mehreren Prozenten dienen könnten. Ein solches Vorgehen steht in besonders krassem Widerspruch zu den täglich lauter werdenden Befürchtungen der Unternehmer, daß die deutsche Wirtschaft in der Kurve der Arbeitszeit- und Lohnforderungen zu entgleisen drohte . . . , die aber doch als natürliche Folge der ausgebliebenen Senkung des allgemeinen Preisniveaus zu erwarten stand. . . . Wenn gleichzeitig Millionenbeträge der produktiven Wirtschaft dadurch entzogen werden, daß sie, statt über Lohnerhöhungen zur Hebung der Kaufkraft Verwendung finden, unproduktiven und wirtschaftsschädigenden Kampffonds zugeführt werden, so erscheint ein solches Vorgehen mindestens unverständlich."

Uns erscheint dieses Vorgehen der deutschen Unternehmer keineswegs so unverständlich. Den Bürgerblock als Rückhalt, das internationale Kapital als Verbündeten —, das als Reparations- und Kapitalsgläubiger das größte Interesse daran hat, daß der Tribut, auf den es nach dem kapitalistischen Raubrecht Anspruch hat, aus den Knochen der deutschen Arbeiter herausgepreßt wird —, gehen sie zum allgemeinen Angriff über. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital nimmt seinen Fortgang. Nun ergeht auch der Mahnruf an die Arbeiterschaft: Rüstet auch ihr, damit euch das Errungene nicht verloren geht!

Vernichtendes Urteil der Gewerbeaufsichtsbeamten über Werkstarife und Werksgemeinschaft.

„Wir können die Werkstarife nicht günstig beurteilen. Es ist für die Arbeiter nicht vorteilhaft, wenn sie sich beim Abschlusse von Tarifverträgen nicht einer der bestehenden Arbeiterorganisationen bedienen, sondern wenn sie in einzelnen, mehr oder weniger starken und meist nicht sehr einflußreichen Gruppen so wichtige Verträge eingehen. Es führt dies u. E. zu Zersplitterungen, die in erster Linie den Arbeitern schaden werden, schließlich aber auch den Unternehmern keinen Nutzen bringen."

(Aus den Jahresberichten 1926 der Badischen Gewerbeaufsichten.)

Im Zeitalter der Organisationen.

„Es sind nicht mehr private Angelegenheiten, die sich bei Abschluß der Verträge über die Arbeitsverhältnisse abspielen, es sind öffentliche Angelegenheiten geworden, von denen das ganze Volk aufs stärkste ergriffen wird." Diese Feststellung in einem Jahresbericht von Arbeitgeberseite zeigt den grundlegenden Übergang von den individualistischen zu den kollektivistischen Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer. Die Gewerkschaften als berufene anerkannte Vertreter und Träger der kollektivistischen Arbeiterinteressen haben an der Schaffung dieses Zustandes entscheidenden Anteil genommen. Sehr oft hat man das gewerkschaftliche Wirken und kollektivistische Streben der Arbeiter verpönt und in letzter Zeit besonders über das „Gewerkschaftsmonopol" geklagt. Wie ungerecht und haltlos jedoch derartige Kritiken sind, beweist das neuerschienene „Jahrbuch der Berufsverbände", das von der Reichsarbeitsverwaltung periodisch herausgegeben wird.

Nach diesen zuverlässigen Angaben gibt es gegenwärtig in Deutschland 1535 Reichsverbände und 914 Bezirksverbände der Unternehmer. Daß es sich bei diesen Organisationen nicht lediglich um Abwehrverbände gegenüber den Gewerkschaften, sondern um besondere Interessenverbände und um monopolistisches Machtstreben der Unternehmer handelt, geht daraus hervor, daß sich die meisten Reichsverbände (1248) nur mit wirtschaftlichen Fragen befassen. Mit wirtschaftlichen und Arbeiter-Angestelltenfragen beschäftigen sich 240, nur mit Arbeiter- und Angestelltenfragen 47 Verbände. Die gewerkschaftsgegnerischen Unternehmer wissen also ihre wirtschaftlichen Interessen durch gemeinsames Handeln sehr gut wahrzunehmen. Man behauptet deshalb wohl nicht zu viel, wenn man betont, daß nicht nur die Regelung der Arbeitsverhältnisse der privaten Initiative entzogen ist, sondern daß die gesamten wirtschaftlichen Beziehungen in weitem Maße kollektive Angelegenheiten geworden sind.

Wie sehr die beiden letzten Jahrzehnte das Entstehen der Unternehmerverbände gefördert haben, beweist folgendes Beispiel: Bis 1900 bestanden in Deutschland 222 Reichsverbände der Unternehmer. In den folgenden 10 Jahren wurden 249 Verbände gegründet; 173 Verbände entwickelten sich von 1911 bis 1915 und schließlich zeichnen sich die Jahre 1919 und 1920 durch die Gründung von 300 Organisationen besonders aus. Daß das verstärkte Organisationsinteresse der Unternehmer nicht wie bei vielen Arbeitern nur eine vorübergehende Angelegenheit war und ist, zeigt das Bestehen von 1535 Verbänden im Jahre 1926. In dem erwähnten Jahrbuch wird ausdrücklich hervorgehoben, „daß die Gründertätigkeit auch in den Jahren nach 1923 nicht geruht hat, wenn sich auch die Zunahme gegenüber den früheren Jahren verlangsamt hat. Die Geschlossenheit des Unternehmertums blieb unter Überwindung aller schwierigen Verhältnisse in vollem Umfange erhalten".

Beachtenswert und von großer gewerkschaftspolitischer Bedeutung ist auch der zentrale Zusammenschluß der Unternehmerverbände. Da ist zunächst der Reichsverband der deutschen Industrie, der die wirtschaftspolitischen Interessen wahren soll. Ihm gehören 977 Verbände an, die sich meist nach beruflichen und fachlichen Interessen gliedern und zum Teil Spitzenorganisationen einzelner Berufe sind. Insgesamt gehörten deshalb dem Reichsverbande der deutschen Industrie im April 1926 unmittelbar und mittelbar etwa 2000 Verbände an.

Als zweite Zentralorganisation der Unternehmerverbände existiert bekanntlich die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die grundsätzlich die lohn- und sozialpolitischen Angelegenheiten zu erledigen hat. Der Vereinigung gehören die Arbeitgeberverbände einzelner Berufe und Bezirke an.

Beide Zentralorganisationen (Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und Reichsverband der deutschen Industrie), die nur nach Arbeitsgebieten getrennt aber durch Personalunion miteinander verbunden sind, bilden zusammen mit den Spitzenorganisationen der Unternehmer in Handel, Handwerk und Landwirtschaft den Zentralausschuß deutscher Unternehmerverbände. Diese Vereinigung wurde 1920 ins Leben gerufen. Als Gründungszweck wurde angegeben „Die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen". Wenn man in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren eine unmittelbare Betätigung des Zentralausschusses nicht beobachten konnte, so beweist doch seine Existenz, wie sehr man auf Unternehmerseite um die Konzentration aller Kräfte bemüht ist. Berücksichtigt man außerdem das fortwährend wachsende Kartellwesen sowie die fortschreitende Vertrustung der deutschen Industrie, dann kann man ermessen, wie groß der organisierte Machtbereich des deutschen Unternehmertums für die Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens ist.

Angesichts dieser straffen einheitlichen Organisierung der Unternehmer erscheint das Organisationswerk der Arbeiter relativ ungünstig. Schon rein zahlenmäßig wird die organisatorische Schlagkraft der Arbeitergewerkschaften gehemmt, indem 1925 von 21 Millionen Arbeitnehmern nur 8,1 Millionen (also 39 Prozent) organisiert waren. Hinzu kommt, daß dieses Organisationsheer organisatorisch in verschiedenen Richtungen zersplittert ist. Neben der freigewerkschaftlichen Hauptmacht finden wir christlich-nationale, Hirsch-Dunckersche, syndikalistische, wirtschaftsfriedliche und konfessionelle Gruppen und Gruppchen. Ein dringendes Erfordernis wäre es, daß die deutschen Arbeiter die Organisationstätigkeit der Unternehmer nachahmten und sich über allen politischen und welt-

anschaulichen Meinungsstreit hinaus nach wirtschaftlichen Interessen organisierten. Besonders stark war der Rückgang der syndikalistischen Richtung, die von 240 000 Mitgliedern im Jahre 1920 auf 63 000 im Jahre 1925 zusammengeschmolzen ist.

Abgerundet wird das Bild über die Organisationen in Deutschland mit einer Übersicht über die Verbände der freien Berufe. Dabei ist ersichtlich, daß die Ärzte, die Juristen, die Theologen, die Schriftsteller u. a. m. gleichfalls in Berufsverbänden zusammengeschlossen sind. Berufs-, Klassen- und Wirtschaftsinteressen haben demnach in den letzten Jahrzehnten überall Organisationen entstehen lassen, die weitgehend das öffentliche Leben beherrschen und damit auch das Schicksal des einzelnen regeln. Wer diesen Zustand als Gewerkschaftler beobachtet, muß deshalb mit aller Energie für die restlose Einreihung der Unorganisierten in die freien Gewerkschaften arbeiten. J. T.

Die Spitzel der Pinkerton-Gesellschaft und leichtgläubige Arbeiter.

Bei der Firma H. Römmler A.-G. in Spremberg hatten im Frühjahr 1927 die Pressearbeiter wegen Akkorddifferenzen die Arbeit niedergelegt. Der Streik dauerte nur 7 Tage. Aber schon am dritten Tag nach Ausbruch des Streiks stellte sich bei einem Streikenden, der seinen radikalen Reden nach in den Verdacht kam, zur KPD. zu gehören, ein angeblicher Vertreter der kommunistischen Zentrale und Redaktion der Berliner „Roten Fahne" vor, um sich über die Lage des Streiks, den Stand der Organisation im Betriebe, das Verhalten der Gewerkschaft zum Streik sowie über das Verhalten der Meister und der Direktion erkundigte. Der Streikende teilte diesem angeblichen Vertreter der „Roten Fahne" und Zentrale der Kommunistischen Partei vertrauensselig alles mit, was er über diese Angelegenheit wußte, und verwies ihn im übrigen an die Betriebsratsmitglieder. Ein Betriebsratsmitglied wurde auch von dem angeblichen Parteivertreter aufgesucht. Eine Auskunft wurde aber nicht erteilt. Schon zwei Tage später hat die Direktion für die noch im Betriebe gebliebene Arbeiterschaft eine Versammlung abgehalten und ein Schreiben der Pinkerton-Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg, Grollmannstr. 32/33, verlesen. In diesem Bericht war angegeben, daß die Streikenden eine Versammlung abgehalten haben, um, unabhängig vom Betriebsrat, ein Streikkomitee zu wählen. Als Wortführer und Leiter des Streikkomitees wurde der Streikende angegeben, der dem angeblich kommunistischen Vertreter alle Auskunft erteilt hatte. Weiter wurde behauptet, daß die Betriebsratsmitglieder nur zum Schein der SPD. angehörten, ihre Informationen sich aber von der KPD. holten. Weiter wurde in dem Bericht dargestellt, daß die Streikenden, deren Stundenlohn 63 Pf. zuzüglich 20 Prozent Akkordzuschlag beträgt, einen Akkordzuschlag von 30 Prozent verlangten, daß die Streikenden von der Gewerkschaft Unterstützung erhielten, und daß der Streik nicht eher beendet werden sollte, bis die Direktion die Forderung bewilligte. In dem Bericht wurden weiter die Namen der angeblichen Betriebszellenmitglieder angegeben.

Nach diesem Bericht des Pinkerton-Spitzels ist es verständlich, wenn die Direktion des Betriebes den Streik nur auf die Tätigkeit der kommunistischen Betriebszelle zurückführte. Sie hielt die Angaben des Agenten der Pinkerton-Gesellschaft, der sich dem einen Streikenden gegenüber als Vertreter der kommunistischen Zentrale und der „Roten Fahne" aufgespielt hatte, für zutreffend, und verlangte von den Betriebsratsmitgliedern, daß sie das Gegenteil beweisen sollten. Geschähe dieses nicht, dann sollte durch eine Klage beim Arbeitsgericht gegen die Betriebsratsmitglieder diese Sache klargestellt werden. Wahrscheinlich hat sich aber die Direktion überlegt, daß auf diese unsicheren Angaben hin ein Antrag auf Amtsenthebung der Betriebsratsmitglieder wegen gröblicher Pflichtverletzung auf durchaus schwachen Füßen steht, denn bisher ist ein solcher Klageantrag beim Arbeitsgericht nicht gestellt worden. — Im Juli d. J. ging ein weiterer Bericht der Pinkerton-Gesellschaft ein, worin festgestellt wurde, daß die Erregung der Arbeiterschaft im Nachlassen begriffen, aber die Klagen über die geringe Bezahlung nicht verstummen wollen, und daß die Anhänger der KPD. sich bemühten, durch eifrige Agitation im Betriebe die Arbeiterschaft dauernd zu beunruhigen. Als Zellenmitglieder und Agitatoren wurden einige Namen angeführt, darunter wieder jener Streikteilnehmer, der dem Agenten der Pinkerton-Gesellschaft als vertrauensseliges Ausfrageobjekt gedient hatte, und ein Betriebsratsmitglied, von dem gesagt wurde, daß er nur zum Schein der SPD. angehöre, aber in Wirklichkeit weit links eingestellt sei und mit den Anhängern der KPD. sympathisiere. Außerdem wurden noch zwei Arbeiter als Mitglieder der Betriebszelle angegeben, die gar nicht in dem Betriebe beschäftigt sind. Weiter wurde berichtet, daß die Zelle unorganisiert und der Name Zelle verschwinden soll. Die neue Bezeichnung würde ein Buchstabe mit einer Nummer sein, die man beliebig wechseln könne. Dadurch soll den Spitzeln das Handwerk gelegt werden. Der Bericht wies noch darauf hin, daß der Direktor bei Arbeiterschaft sehr verhaßt sei und in der nächsten Zellensitzung die Unorganisierung der Zelle beraten und beschlossen würde.

Durch die vertrauensselige und wichtigtuerische Schwatzhaftigkeit des einen Arbeiters, der bei dem Streik im Frühjahr beteiligt war, sind die Betriebsratsmitglieder in eine schiefe Lage geraten. Für diesen Arbeiter genügte es, daß sich irgend jemand als Vertreter der kommunistischen Zentrale und der „Roten Fahne" vorstellt, um alles mögliche und unmögliche zu erzählen. Das sind dieselben Leute, die sonst über den „Verrat" der Gewerkschaftsführer schreien, aber leichtgläubig dem Agenten der Pinkerton-Gesellschaft das Material für unwahre Berichte liefern.

Es ist aber immerhin bezeichnend, daß die Direktion des Betriebes eine solche Gesellschaft benutzt, um ihre Arbeiter bespitzeln zu lassen. Angesichts der Vorgänge, die bei der Firma H. Römmler A.-G. in Spremberg sich ereigneten, ist es dringend erforderlich, daß die Arbeiter verbandsfremden Personen jede Auskunft verweigern und nicht leichtgläubig Pinkerton-Spitzeln, die sich als angebliche Vertreter der KPD. vorstellen, Aufschluß erteilen. O. A.

*

Sonstiges aus der Spitzelchronik der Pinkerton-Gesellschaft.

Wiederholt wurde in verschiedenen Blättern auf Agenten der Pinkerton-Gesellschaft aufmerksam gemacht, die im Reiche umherreisen, um Auskünfte über Abmachungen einzuholen, die in Betriebsräte-sitzungen bzw. Betriebszellensitzungen und dergleichen getroffen wurden. Auch jetzt sind diese Agenten anscheinend wieder fleißig an der Arbeit. So meldet der „Vorwärts" (Nr. 452, vom 24. September 1927), daß dieser Tage beim Arbeiterratsvorsitzenden einer größeren Textilfirma des Rheinlandes ein Herr namens Weber vorsprach, der sich, vielleicht um als amtliche Person zu erscheinen und leichtgläubige Arbeiter zu täuschen, mit einem in Messing gehaltenen und mit einem Adler versehenen Ausweis vorstellte. Er richtete an den Arbeiterratsvorsitzenden u. a. die Frage, ob im Betriebe die Kommunisten sogenannte Zellensitzungen abhalten und welcher Art die gefaßten Beschlüsse sind und nach welcher Richtung hin sie sich auswirken. Der Spitzel erhielt keine Auskunft. Er hinterließ aber eine Adresse mit der Bitte um gelegentliche Mitteilung. Um einen Anreiz zu schaffen, wurden 5 bzw. 10 Mark als Judaslohn für die einzelnen Mitteilungen (je nach Wert) in Aussicht gestellt. Die hinterlassene Adresse lautet übereinstimmend mit der in obigem Artikel veröffentlichten: G. Gerhardt, Berlin-Charlottenburg, Grollmannstraße 32/33. Wie festgestellt werden konnte, ist Herr Gerhardt Direktor der „Pinkerton-Gesellschaft m. b. H."

Es scheint also Methode in der Arbeit dieser offenbar von den Arbeitgebern begünstigten Spitzelzentrale zu liegen. Wir raten deshalb den Arbeitern, den dunklen Existenzen gegenüber, die sich an sie heranschleichen, recht vorsichtig zu sein. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erteilt den Spitzeln keinerlei Auskunft, sondern eine gehörige unzweideutige Abfuhr. Was auch immer mit den verlangten Auskünften geschieht, immer steht die Absicht dahinter, euch zu schädigen!

Die Arbeitslosenversicherung.

I.

Das Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 trat am 1. Oktober in Kraft. Das Gesetz wurde bereits im „Proletarier" Nr. 33 ausführlich mehr von der grundsätzlichen Seite behandelt. Wir lassen jetzt eine mehr die gesetztechnische Seite des Gesetzes behandelnde Darstellung folgen.

Der Kreis der Versicherten

entspricht im ganzen dem bisher der Erwerbslosenfürsorge unterstellten Personenkreise. Für den Fall der Arbeitslosigkeit ist versichert:

1. Wer auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder des Reichsknappschaftsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert ist;

2. wer auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes pflichtversichert ist und der Pflicht zur Krankenversicherung nur deswegen nicht unterliegt, weil er die Verdienstgrenze der Krankenversicherung überschritten hat;

3. wer der Schiffsbesatzung eines deutschen Seefahrzeugs angehört.

In den §§ 70 bis 76 des Gesetzes ist der Personenkreis umschrieben, der, wie bisher aus der Erwerbslosenfürsorge, auch aus der Arbeitslosenversicherung ausscheidet. Dahin gehören die kleinen Eigentümer und Pächter in der Land- und Forstwirtschaft, die üblicherweise weniger als die Hälfte des Jahres als Arbeitnehmer tätig sind, wie die in der Land- und Forstwirtschaft auf Grund langfristiger Arbeitsverträge Beschäftigten. Versicherungsfrei ist auch das in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigte „ländliche Gesinde". Versicherungsfrei ist auch weiterhin eine Beschäftigung auf Anteil am Fange in der Binnen- und Küstenfischerei und der großen, mit Loggern betriebenen Heeringsfischerei (Partenfischerei), ebenso die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger, der Landwirtschaft von mindestens einjähriger Dauer.

In all diesen Fällen, mit Ausnahme des „ländlichen Gesindes", erlischt die Versicherungsfreiheit in der Regel sechs Monate vor Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.

In der Seeschiffahrt ist die Beschäftigung versicherungsfrei, wenn der regelmäßige Jahresarbeitsverdienst dennach § 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes festgesetzten Betrag (zur Zeit 6000 Mk.) übersteigt.

Die Mittel

zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung und der sonstigen Aufgaben der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Vorgesehen sind 6 Prozent des Arbeitsentgelts.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung

richtet sich nach dem Arbeitsentgelt. Für die Bemessung werden folgende Lohnklassen gebildet:

Klasse	Wöchentliches Arbeitsentgelt	Einheitslohn
I	bis zu 10 M	8 M
II	von 10 bis 14 „	12 „
III	„ 14 „ 18 „	16 „
IV	„ 18 „ 24 „	21 „
V	„ 24 „ 30 „	27 „
VI	„ 30 „ 36 „	33 „
VII	„ 36 „ 42 „	39 „
VIII	„ 42 „ 48 „	45 „
IX	„ 48 „ 54 „	51 „
X	„ 54 „ 60 „	57 „
XI	von mehr als 60 „	63 „

Die Hauptunterstützung beträgt:

in Klasse I . . . . 75 % des Einheitslohnes
in Klasse II . . . . 65 % des Einheitslohnes
in Klasse III . . . . 55 % des Einheitslohnes
in Klasse IV . . . . 47 % des Einheitslohnes
in Klasse V und VI . 40 % des Einheitslohnes
in Klasse VII . . . . 37,5 % des Einheitslohnes
in Klasse VIII bis XI . . 35 % des Einheitslohnes

Der Familienzuschlag beträgt für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen 5 Prozent des Einheitslohnes, jedoch dürfen einschließlich der Familienzuschläge die Unterstützungssätze folgende Prozentsätze des Einheitslohnes in keinem Fall übersteigen:

in Klasse I und II . . . . 80 %
in Klasse III . . . . . 75 %
in Klasse IV . . . . . 72 %
in Klasse V und VI . . . . 65 %
in Klasse VII . . . . . 62,5 %
in Klasse VIII bis XI . . . . 60 %

Die folgende Tabelle enthält erstens die für den Arbeitslosen in den einzelnen Lohnklassen in Frage kommenden Prozentsätze, gestaffelt, nach der Zahl der Familienangehörigen; zweitens die zustehende Wochenunterstützung. Die Sätze der Wochenunterstützung sind auf 5 Pfennig nach oben abgerundet.

Klasse	Einheitslohn	Hauptunterstützung wöchentlich		Mit Familienzuschlägen für 1 Person		für 2 Personen		für 3 Personen		für 4 Personen		für 5 Personen	
		%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.
I	8	75	6,—	80	6,40	80	6,40	80	6,40	80	6,40	80	6,40
II	12	65	7,80	70	8,40	75	9,—	80	9,60	80	9,60	80	9,60
III	16	55	8,80	60	9,60	65	10,40	70	11,20	75	12,—	75	12,—
IV	21	47	9,20	52	10,95	57	12,—	62	13,05	67	14,10	72	15,15
V	27	40	10,80	45	12,15	50	13,50	55	14,85	60	16,20	65	17,55
VI	33	40	13,20	45	14,85	50	16,50	55	18,15	60	19,80	65	21,45
VII	39	37,5	14,65	42,5	16,60	47,5	18,55	52,5	20,50	57,5	22,45	62,5	24,40
VIII	45	35	15,75	40	18,—	45	20,25	50	22,50	55	24,75	60	27,—
IX	51	35	17,85	40	20,40	45	22,95	50	25,50	55	28,05	60	30,60
X	57	35	19,95	40	22,80	45	25,65	50	28,50	55	31,35	60	34,20
XI	63	35	22,05	40	25,20	45	28,35	50	31,50	55	34,65	60	37,80

Die Wartezeit

beträgt in der Regel eine Woche. Erst nach Ablauf von sieben Tagen seit dem Tage der Arbeitslosmeldung wird die Arbeitslosenunterstützung gewährt. Nur wenn die Arbeitslosigkeit eintritt in unmittelbarem Anschluß an eine Beschäftigung von weniger als sechs Wochen oder an eine Kurzarbeit von mindestens zweiwöchiger Dauer bei Kürzung des Arbeitsentgelts um mindestens ein Drittel oder an eine Arbeitsunfähigkeit von mindestens einwöchiger Dauer, wird die Unterstützung bereits mit dem Tage der Arbeitslosmeldung gewährt. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung kann die Wartefrist auf drei Tage abkürzen. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 21. September bleibt die bisher geltende Wartezeit für die Erwerbslosenfürsorge auch über den 1. Oktober hinaus bestehen.

Die Anwartschaftszeit

für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung ist erfüllt, wenn der Arbeitslose innerhalb der 12 vorausgegangenen Monate 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. In die Frist von 12 Monaten wird diejenige Zeit nicht eingerechnet, während der der Arbeitslose durch eine versicherungsfreie Arbeitnehmertätigkeit oder durch selbständige Arbeit den erforderlichen Lebensunterhalt erworben hat, oder eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, die nicht zur Erfüllung einer neuen Anwartschaftszeit ausreicht. Ausnahmen gelten ferner für Arbeitslose, die vorher durch Ausbildung, Berufsumschulung oder durch Krankheit oder Schwangerschaft usw. verhindert waren, eine Beschäftigung auszuüben. ch.

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß in der Nahrungsmittelindustrie.

In der Woche vom 18. bis 25. September fanden in Leipzig die Verbandstage der Verbände der Fleischer, Böttcher, Nahrungs- und Genußmittelarbeiter sowie der Lebensmittel- und Getränkearbeiter statt. Der Hauptberatungsgegenstand auf den Verbandstagen aller vier Verbände war die Verschmelzung dieser Verbände zu einer einheitlichen Organisation. Die Aussprache über die Verschmelzung namentlich über den Statutenentwurf, war in den Verbandszeitungen besonders aber in der „Einigkeit" und in der „Verbandszeitung" eine recht rege, wobei auch viele Gegner der Verschmelzung das Wort nahmen. Die Verschmelzung wurde nach langer, zum Teil lebhafter Aussprache von allen vier Verbänden beschlossen. Die Fleischer und Böttcher stimmten der Verschmelzung einheitlich zu. Auf dem Verbandstage des Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verbandes wurden nach den Berichten in der Tagespresse 57 Stimmen für und 6 Stimmen gegen die Verschmelzung abgegeben. Bei den Lebensmittel- und Getränkearbeitern ergab das Abstimmungs-

ergebnis 61 Stimmen für und 5 Stimmen gegen die Verschmelzung. Anschließend an die getrennten Verbandstage fand dann ein gemeinsamer Verbandstag der neugegründeten Organisation statt, auf dem der Vorstand gewählt und die neuen Statuten beschlossen wurden. Der neugegründete Verband hat, nach den Berichten der Tagespresse, den Namen „Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband angenommen.

Wir begrüßen diesen Zusammenschluß, die Bildung einer neuen starken Organisation, als einen Fortschritt der gewerkschaftlichen Kräftezusammenballung. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands ist auf dem Wege der freiwilligen Konzentration, wie ihn der Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses empfiehlt, durch den Zusammenschluß mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter und der Gründung des „Keramischen Bundes" bereits vorangegangen. Er begrüßt es, wenn er Nachfolger findet. Völlig falsch und irrig ist es daher, wenn in der Aussprache, die den Verbandstagen der verschiedenen Verbände vorausging, und auch auf den Verbandstagen selbst mehr oder weniger deutlich angedeutet worden ist, daß der Fabrikarbeiter-Verband diesem Zusammenschluß unfreundlich gegenüber stände. Kein größerer Irrtum als das. Der Fabrikarbeiter-Verband hat nur geglaubt, in Anbetracht hervortretender Tendenzen, betonen zu müssen, daß aus dem Zusammenschluß nicht die Folgerung gezogen werden dürfe, mit der Verschmelzung, entgegen dem bestehenden Gewerkschaftsrecht, der neuen Organisation das Recht des Anspruches auf die zum Organisationsbereich des Fabrikarbeiter-Verbandes gehörigen Gruppen der Nahrungsmittelindustrie gegeben wird. Diesen Bestrebungen gegenüber verhält sich der Fabrikarbeiter-Verband allerdings ablehnend. Einem Teil der Gründe für diese ablehnende Stellungnahme des Fabrikarbeiter-Verbandes wurde Genosse Graßmann, 2. Vorsitzender des ADGB., als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf der Tagung dieser Verbände gerecht, wenn er (nach der „Leipziger Volkszeitung") sagte:

„Zugunsten des Fabrikarbeiterverbandes muß ich sagen, daß er gegründet wurde, um sich der Organisation aller derer anzunehmen, die keine bestehende Gewerkschaft haben wollte. Er hat große Arbeit geleistet, und wir können es verstehen, daß er jetzt, wo diese Arbeit Früchte trägt, auf diese nicht gern verzichten will."

So ist es in der Tat. Wir haben in diesen Gruppen der Nahrungsmittelindustrie, die vorwiegend aus ungelernten Arbeitern bestehen, begonnen, gewerkschaftliche Arbeit zu leisten in einer Zeit, in der sich niemand um sie gekümmert hat. Manche dieser Gruppen, wie z. B. die Hamburger und Harburger Öl- und Margarinearbeiter, gehören zum ältesten Kern des Fabrikarbeiter-Verbandes. Unter seiner Führung haben sie sich gewerkschaftliche Anerkennung und auch wertvolle gewerkschaftliche Erfolge errungen. Der Fabrikarbeiter-Verband hat in den zu ihm gehörigen Nahrungsmittel-Arbeitergruppen gewerkschaftliche Pionierarbeit und, im vollsten Sinne des Wortes, auch soziale Kulturarbeit unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen geleistet. Wir erinnern hier nur an die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit in der Zucker- und Konservenindustrie in den ländlichen Bezirken. In den gemeinsamen Kämpfen um eine bessere wirtschaftliche und soziale Lage sind die im Fabrikarbeiter-Verbande vereinigten Arbeitergruppen zu einer organisatorischen Einheit verwachsen. Die verschiedenen Gruppen tragen und stützen sich gegenseitig. Es ist deshalb verständlich, daß der Fabrikarbeiter-Verband die Abtrennung wichtiger Gruppen ablehnt, zumal bestimmt nichts Besseres und Zweckmäßigeres für die Arbeiterschaft aus der Abtrennung entstehen kann, als jetzt schon vorhanden, wenn man nicht die Durchführung eines formalen Prinzips als etwas Besseres ansehen will.

Im übrigen freuen wir uns über den Zusammenschluß der viel Verbände im „Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband", und wünschen der neuen Gründung den gleichen Erfolg, wie ihn die Verschmelzung des Fabrikarbeiter-Verbandes mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter und die Gründung des „Keramischen Bundes" herbeigeführt hat.

Rundschau.

Der Weg zum Sozialismus.

Motto: Wir wollen den Frieden, Freiheit und Recht,
Daß niemand sei des andern Knecht,
Daß Arbeit aller Menschen Pflicht
Und niemand es an Brot gebricht!

Längst ist es still geworden im deutschen Blätterwalde von der „Sozialisierung der Wirtschaft", und doch darf man dieses Problem nicht aus den Augen verlieren, denn wenn wir die kapitalistische Wirtschaft stürzen wollen, um sie durch eine sozialistische zu ersetzen, so muß man wissen, was werden soll.

Nach dem Zusammenbruch 1918 glaubte man, in Deutschland eine sozialistische Wirtschaft einführen zu können durch Überführung der Produktionsmittel in den Dienst der Allgemeinheit. Man wähnte, die Truste und Syndikate als reife Frucht für die Sozialisierung verwenden zu können. Aber so einfach, wie sich in vielen Köpfen der Übergang zum sozialistischen Staate ausmalte, ging es nicht, und allmählich wurde dies Problem fallengelassen und zur Ruhe gebettet.

In einer Zentrumsversammlung erwähnte ich in der Diskussion seinerzeit, daß wir Betriebe sozialisieren wollen, die dafür reif (?) sind, daß wir aber nicht vergessen sollen, daß wir alle noch kapitalistisch und militaristisch gesonnen und erzogen sind und daß es in erster Linie darauf ankommt, für sozialistische Gesinnung und Erziehung zu sorgen, denn ein sozialistischer Staat mit kapitalistisch erzogenen Bürgern ist unmöglich.

Über 400 Jahre hat der Kapitalismus gebraucht, um sich in seiner heutigen Form des Hochkapitalismus auswirken zu können. Unter der Parole „Freiheit und Gleichheit" groß geworden, ist er zu einer Raubtierfreiheit gelangt, die nur die Herrschaftsgelüste des Geldsacks und nur Lohnsklaven, aber keine freien Arbeiter anerkannte. Dafür fehlt dem Kapitalismus auch die aufrichtige Hochachtung vor der werteschaffenden Arbeit, die allein nur Förderin aller Kultur und Spenderin allen Reichtums ist. Die Arbeit wird als Aschenbrödel der Gesellschaft im kapitalistischen Staat gewertet.

Sozialisieren heißt für mich, die Geldwirtschaft durch eine Arbeitswirtschaft zu ersetzen, also eine Wirtschaft, in der das Geld als Wertmesser, aber nicht als Ware behandelt wird.

Nach obenstehendem Motto ist es für jeden Sozialisten und freien Gewerkschaftler eine heilige Pflicht, daß wir nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, sondern durch planmäßige Geistesarbeit unseren Gegnern das Terrain streitig machen. Der Weg zum Sozialismus darf nicht mit Blut gedüngt werden, wie der des Kapitalismus; denn was durch Gewalt erreicht wird, ist eine unreife Frucht, die sich nicht hält. Unser Weg soll nach wie vor der gesetzliche und sittliche sein.

Wir haben ein bürgerliches Gesetzbuch aufgebaut auf altem römischen Sklavenrecht. Es zum sozialen Gesetzbuch umzubauen muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Bekanntlich hinkt aber das Gesetz immer hinter der ökonomischen Entwicklung her, und wenn schon längst durch die Entwicklung der Verhältnisse überholt, hat der überlebte Gesetzesparagraph noch Gültigkeit.

Daß Arbeit aller Menschen Pflicht wird, ist es notwendig, daß die Erbschaftssteuer bis auf 100 Prozent erhöht wird. Um soziales Fühlen, Denken und Empfinden zu fordern, ist es notwendig, soziale Betriebe zu errichten, die diesen sozialen Forderungen entsprechen. Dieses kann aber nur „von unten herauf" geschehen; denn die Verwirklichung des Sozialismus kann nur das ureigene Werk der Arbeiter selbst sein. Der soziale Betrieb wird auch freie Arbeiter erziehen, mit freiem Blick und freien Ansichten und Handeln. Dann wird auch die Arbeit als das gewertet werden, was sie ist: die Segenbringerin, die den Menschen über das Tier hinaushob und zum Herrn der Erde machte.

C. E.—Miedburg.

Genossenschaftsbewegung.

Arbeiterkapital — Klassenkampf in der Tat!

Es wird wohl mit keinem Worte ein größerer Unfug getrieben als mit dem Worte Klassenkampf. Besonders gebrauchen es jene Leute in Wort und Schrift am meisten, die den tatsächlichen Klassenkampf am wenigsten führen.

Wenn man in Arbeiterkreisen von Kapital redet, so wird damit meistens nur die Kapitalistenklasse gemeint. Diese Meinung ist falsch; denn auch die Arbeiterschaft verfügt über Kapital. (Unterscheide: Kapitalismus, Kapitalisten oder Kapital.) Die gesamten Lohn- und Gehaltsgroschen als Ganzes können auch in gewissem Sinne als Kapital betrachtet werden, das einen starken Machtfaktor bedeutet. Leider wird dieses Kapital nur zu einem Bruchteil zum Nutzen der modernen Arbeiterbewegung verwendet. Manche werden sich helfen, indem sie sagen: daran sind die Führer, wie ja auch an allem anderen, schuld. Damit sind aber Tatsachen nicht geändert. Sie zu ändern muß — wie die Befreiung der Arbeiterklasse — nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Dazu sind nun nicht etwa Handgranaten, Maschinengewehre oder sonstige Mordwerkzeuge notwendig, sondern nur einiges Denken und Wollen, da ja jeder über die Groschen, die er als Lohn- und Gehaltsempfänger bekommt, selbst verfügen kann. Zunächst schon bei der Beschaffung des Allernotwendigsten, des Lebensunterhalts, da sehen wir, daß der größte Teil der Arbeiterschaft die Einkäufe nicht im Konsumverein vornimmt, sondern sonstwo seine Groschen umsetzt. Das bedeutet: derjenige, welcher dieses tut, stärkt die Macht der Gegner. So kommt es, daß Leute — die Zahl der[selben] nicht gering —, die wirtschaftlich durch Arbeitergroschen ihre Existenz erlangen, die Arbeiterschaft in Wort und Schrift, in Zeitungen, in Versammlungen, in Parlamenten bekämpfen, oft sogar beschimpfen. Was bedeutet es, wenn genannte Gelder im Konsumverein umgesetzt werden? Durch Steigerung des Umsatzes kann die Eigenproduktion gehoben werden, damit die Befreiung eines beträchtlichen Teiles der Arbeiterschaft aus dem Joch kapitalistischer Ausbeutung durch Verwendung ihrer Arbeitskräfte in den Betrieben der Allgemeinheit, der Genossenschaften, als schaffendes Glied für die Bedarfswirtschaft. Und was das Wichtigste ist: die „Mittelständler" würden um die Gunst der Arbeiterschaft anders als heute werben müssen. Es würde bei vielen dieser Leute eine bessere Einsicht kommen. Dasselbe Prinzip ist auf die Beschaffung von Kleidung, Wirtschafts- oder sonstigen Gegenständen auszudehnen. So bezahlt auch der Arbeiter, Angestellte oder Beamte als Leser einer bürgerlichen Zeitung die Redakteure und Verleger, die seine Sache und Klasse bekämpfen und beschimpfen. Sogar die gegnerische Partei hilft er finanzieren durch seine Abonnementsbeiträge. So sehen wir ferner, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil Arbeiterkapital in die Kassen von privatkapitalistischen Versicherungen fließt. Besonders viel findet man, daß Arbeiterfamilien eine illustrierte Zeitschrift abonnieren, wobei sie als Geschenk für ihr Abonnement eine Versicherung gegen Unfall oder Tod versprochen bekommen. Mit diesem verlockenden Geschenk will ich mich hier nicht eingehender beschäftigen. Nur das möchte ich kurz hervorheben, daß der Abonnent einer solchen Zeitschrift Beiträge auf Umwegen an eine kapitalistische Versicherungsbank zahlt, dem Verleger einen guten Verdienst sichert sowie den Buchhändler angenehm leben läßt und er vielleicht auch noch ein Geschenk, genannt Versicherung, erhalten kann. Wer sich vor Schaden oder Enttäuschungen bewahren will, der solle es sich als organisierter Arbeiter zur Pflicht machen, eine Versicherung nur bei der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge abzuschließen, wo die Gelder der Arbeiterschaft dem Privatkapital entzogen, dafür aber den modernen Arbeiterunternehmungen zugeführt werden. Auch den Verband für Feuerbestattung möchte ich nicht unerwähnt lassen, da seine Kulturaufgaben für den Aufstieg der Arbeiterklasse von größter Wichtigkeit sind. So ist Sparkapital nur in Konsumgenossenschaften, bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten oder im Reichsbund deutscher Mieter einzuzahlen, wo die Gewähr besteht, daß dieses Kapital nicht den Gegnern nutzbar gemacht wird. So könnte man noch viele Einzelheiten anführen, wo die bessere Einsicht Einkehr halten muß.

Zusammenfassend möchte ich also sagen: so wird im Taumel der Unwissenheit — geschieht es bewußt, so ist es ein Verbrechen, — oder aber auch Kurzsichtigkeit den Gegnern ein riesiges Kapital und damit auch eine große Macht ausgeliefert. Diesem Übel kann ohne besondere Anstrengungen durch zielklares Wollen und Tun abgeholfen werden. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, verfügt über euer Kapital richtig; höher als das Wort steht die Tat!

Erich Gand, Magdeburg.

Neuyorker Tage.

Von Kurt Offenburg.

Kurz nach Mittag tauchten, fern und im Dunst, die ersten Schatten von Long Island auf. Gegen Abend liefen wir im Hafen von Brooklyn ein und warfen Anker, weil Sonntags keine Schlepper arbeiten, die uns am Kai festgemacht hätten. Sechs Tage sollst du arbeiten, aber am siebenten nach Coney Island gehen, dem Rummelplatz Neuyorks. So mußten wir bis zum nächsten Morgen an Bord bleiben. Das war ein wenig enttäuschend; doch wenn man drei Wochen lang auf einem Schiff zu Hause ist, weshalb sollte man nicht einige Stunden länger den Planken die Treue wahren, die einem sicher und höflich über den Ozean getragen haben. Nach dem Abendbrot lehnte ich an der Reeling, sah hinüber nach Manhattan: neue Gralsburg, die phantastisch in den abendlichen Himmel stieß. Im Osten kam der Mond herauf, voll, rund, rot. Rollte empor, langsam, unerbittlich; warf einen schmalen Glanz auf das schwarze Hafenwasser.

Plötzlich stand der Kapitän neben mir. Und der weißhaarige Sechziger, über vier Jahrzehnte auf allen sieben Meeren beheimatet, fragte den Zwanzigjährigen nachdenklich, zweifelnd: „Imponiert Ihnen wohl mächtig?" — Das Greenhorn mied die Antwort, sagte nur: „Der gleiche Mond stand schon über Babylon und Ninive. . . ."

Da taute der alte Herr auf, das erstemal seit Wochen. Sprach von dem winzigen Planeten Erde, von den Sonnen, die im Weltall kreisen und von der Wichtigkeit, mit der die Menschen ihre Geschäfte und Vergnügungen betreiben. Fährboote, groß und lichtstrahlend, fuhren an uns vorbei. In der ersten Etage vollgestopft mit sonntäglich geputzten Menschen, im Parterre vollgepfropft mit Autos. Die Lichter auf den Turmspitzen der Singer-, Woolworth-, Munizipal-Kathedralen flammten auf. Lichtreklamen in allen Farben des Regenbogens und noch einigen dazu glotzten minutenweise in die Dunkelheit. Erloschen, sprangen wieder hoch. Dunkle Schatten schaukelten Segelschiffe, Steamer, Frachtkähne auf dem kaum bewegten Wasser.

„... Und dies alles in 150 Jahren", sagte der Kapitän, wies nach dem Horizont, belächelte den Stolz der Menschen und ihre Maschinenleistung.

„Ein junges Volk, diese Amerikaner, aber schon nicht mehr so jung, daß es die Fremden wahllos aufnimmt. Ein arbeitssames Bevölkerungsgemisch; rechnerisch, aber nicht denkend."

Und während die beiden Deutschen, der Alte und der Junge, Metaphysik trieben im nächtlichen Hafen von Neuyork, stand hinter ihrem Rücken, zum Greifen nahe, die hellerleuchtete Freiheitsstatue: das Wahrzeichen von U. S. A. Armselig und blaß war das Licht, das sie in der Rechten zum Himmel hob; aber knallig sprühten vom Sockel herauf verdeckte Scheinwerfer ihre Strahlenbündel auf ihr grünes Kleid und Gesicht, ehrwürdig von Patina bereift.

Was sind Jahrtausende? Eines Tages bricht das Meer auf und schluckt diese Inseln, als wären sie nie gewesen. Fuhren wir, [illegible] Freiheit"

Hoch stand der rote, runde Mond am Himmel. Stärker war sein Glanz als der ganze Lichtzauber Neuyorks. Der winzigste Stern tiefer und heller als die Straßenfronten deckende Lichtreklame.

*

Ich schreibe diese Zeilen im 18. Stockwerk eines mittelgroßen Wolkenkratzers, nahe dem Broadway. Wenn ich aus dem Fenster schaue, sehe ich Ellis Island, die Einwandererinsel im Hudson. Man hat mir, dem Gast, diesen bevorzugten Platz gegeben, der Blick in die Weite spendet. Die anderen Zimmer liegen alle irgendeinem skyscraper (wörtliche Übersetzung: Himmelskratzer, üblich: Wolkenkratzer. D. Sch.) gegenüber; das Auge stößt sich wund an den Mauern aus Eisen und Zement. — In der Ecke des Zimmers saust ein rotierender Ventilator und fächelt Kühlung; in einer anderen steht ein Porzellangefäß mit Ice-Water (Eiswasser). Bediene dich selbst! Immer mußt du dich selbst bedienen, ob du mit der Sub- oder Highway (Untergrund- oder Hochbahn) oder im Auto fährst. Stets ist deine Zeit vorgeschrieben, die Minute kostbar. Wenn du ein Haus bauen läßt, bis zum Soundsovielten muß es fertig sein; die Mieter warten, das investierte Kapital muß sich auf Stunde und Minute verzinsen. Bummeln, ein europäischer Begriff, unbekannt.

Das mag Erziehung zur Lebenstüchtigkeit sein. Augen und Ohren offen halten, rasch handeln. Ohne Überlegung, nur noch reflexiv. Wie du deinen Fünfcentnickel in den Automaten wirfst, der die Drehsperre zum Bahnsteig öffnet; wie du dir selbst Essen und Trinken holst und zum Tisch trägst, oder wie du selbst das Bad im Hotel herrichtest: das alles sind gewiß nur Dinge des Außen, aber doch von einem Zwang zur Aktivität, die den Europäer in seiner Lässigkeit vergewaltigt. Erstaunlich bei diesem Massenbetrieb bleibt die Disziplin des Amerikaners, die Selbstzucht in jeder Lage. Ich habe einmal abends nach Geschäftsschluß eine halbe Stunde am Aufgang zur Hochbahn beobachtet, ob jeder Fahrgast sein Ticket in den aufgestellten Glaskasten wirft. Kein kontrollierender Schaffner stand da, keine Zählregistratur sperrte den Durchgang, und Billette im voraus in beliebiger Anzahl gekauft, hätte obendrein noch zur „Schwarzfahrt" verlocken können. Doch nicht ein einziger Passant war zu entdecken, der nicht ordnungsgemäß bezahlt hätte. So erzieht die Masse den einzelnen, erzieht einer den anderen.

Aber das hindert nicht, daß die in diesem Land vielgerühmte Höflichkeit gegen Frauen in die Brüche geht, sobald morgens und abends der Kampf um einen Sitzplatz in der Hoch- oder Untergrundbahn anhebt. Rippenstöße sind an der Tagesordnung. Aufstehen und einer Dame den Platz anbieten, fällt keinem Mann ein. Selbst der Galanteste verzichtet auf diese Pose. Sie kostet 40 oder 60 Minuten Stehen-müssen.

*

Bist du Angestellter, hast du von früh 9 bis abends 6 Uhr nicht Mensch zu sein. Überflüssig ist dein Gehirn: die Rechenmaschine ersetzt, was du in der Schule nicht gelernt hast. Die elektrische Schreibmaschine schaltet nahezu die Hände aus. Die laufende Treppe, die vom Untergrundbahnhof nach der Straße rollt, läßt dich beinahe die Füße als Luxus erachten. Wenn du „Stück" hast, arbeitest du in irgendeinem Building, das seine eigene Untergrundstation hat. Gehst von der Wohnung fünf Stockwerke abwärts, eilst zur Bahn, quetschst dich in einen der Schnellzüge, fährst bis zu einer Stunde ins Geschäft, schnellst mit dem Expreßlift bis zum 20. oder 25. Stockwerk, steigst um, fährst die restlichen drei oder sieben Etagen weiter, bittest deine Beine, die leider noch notwendigen Schritte bis zu deinem Sessel freundlichst tun zu wollen. Da hockst du nun, einer oder eine von den 25, 30 oder 40 000 Angestellten, die in einem einzigen dieser Hausungetüme arbeiten: Nummer, Maschine mit wöchentlicher Kündigung. Verdienst vielleicht 20 oder 30 Dollar, zahlst 10 oder 12 Dollar für ein möbliertes Zimmer und kaufst dir pünktlich am 15. Mai einen neuen Strohhut! Wenn nicht, bist du am 16. moralisch erledigt. Jeder Blick deines lieben Mitmenschen gibt es dir zu verstehen: auf der Straße, im Lokal, in der Bahn. Kauft dir täglich morgens und abends deine Zeitung; heute diese, morgen jene. Wirft sofort die Beiblätter, die dich nicht interessieren, auf die Straße, in die Bahn, in den Speisenautomaten. Auch Magazine helfen deine Bildung vervollkommnen und veredeln.

Das ist der Durchschnitt. Der junge und der alte Amerikaner; der Mann, der 10 Minuten für den Lunch erübrigt, den Neger verachtet, die Prohibition ohne Murren erträgt und aus Sport im Klub gern „einen genehmigt". Daneben verschwinden die wenigen, die mit Skepsis diese Massenzufriedenheit betrachten. Für sie ist das Problem „Amerika" nicht mit dem gesicherten Auskommen, mit der guten Stellung gelöst. Bekannte bedeuteten mir, Amerika werde seine Krisis erleben ähnlich wie Europa. Der natürliche Reichtum des Landes, das Blühen der Wirtschaft, die Zufriedenheit der Massen könnten soziale Eruptionen nicht hindern. Die Teuerung der Lebenshaltung und die Negerfrage forderten immer dringlicher eine Lösung.

Das sagten mir junge Intellektuelle in stundenlangen Diskussionen; Leute, die noch Zeit haben für Debatten und innerlich noch nicht amerikanisiert sind, obgleich sie schon seit Kriegsende hier leben. Ich glaube ihnen, denn sie haben keine Ursache, sinnlos Ressentiment zu üben: tagsüber arbeiten sie in Banken, Geschäften; abends besuchen sie teilweise die Hochschule; verdienen, leben, wohnen besser als ihre gleichaltrigen Freunde in Europa. Aber das ist nur die Anschauung Vereinzelter, der die Erfahrung bis heute widerspricht. Der Amerikaner beschwert sich vorläufig nicht mit theoretischen Erwägungen, deren Richtigkeit erst die Zukunft erweisen muß. Er belastet sich überhaupt mit keinen Problemen. Es sei denn, daß Baseball (eine Art Ballspiel) ein Problem ist.

*

Und doch beneide ich den Amerikaner um seine kindliche Überlegenheit, mit der er auf die wenigen Jahrzehnte zurückblickt, da diese Stadt ins Gigantische wuchs. Ich achte den Stolz, mit dem er dem Europäer seine Warenhäuser zeigt: ein Straßenblock an Umfang, ein lückenloses Magazin menschlicher Bedarfs- und Luxusartikel. Beneidenswert die Menschen in ihrer Naivität und seelischen Gläubigkeit, wenn sie dir Pennsylvania Station oder Grand Central Terminal zeigen: Bahnhöfe, mehrere Stockwerke übereinander; Tummelplatz, auf dem stündlich 200 Züge und 70 000 Passagiere abgefertigt werden können; 45 Fuß unter der Erde. Dabei rauch-, staub- und hitzefrei; elektrische Lokomotiven ziehen die Züge

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Wir und die christliche „Gewerkschaftsstimme".

Die christliche „Gewerkschaftsstimme" schwingt das Kriegsbeil gegen den Fabrikarbeiterverband. Schon seit langem. Einige Korrekturen, mit denen Kollege **Stühler** ihre Darstellung über die Vorgeschichte der Arbeitszeitregelung in der Papierindustrie versehen mußte, veranlaßte sie, den vollen Kübel ihres Zornes über jeden unserer Kollegen auszuschütten, die nun einmal das „Vergnügen" haben, in der Vertretung der Arbeiterinteressen, mit dem sich „christlich" nennenden Verbande zusammenarbeiten zu müssen. Die christliche „Gewerkschaftsstimme" nennt sie „schlechte Kerle", weil sie sich die Weisungen für ihre Arbeit **nicht** aus dem Bureau des Christlichen Fabrikarbeiterverbandes holen. Aber wahrscheinlich ist sie auch **deshalb** nicht so erbost. Wahrscheinlich liegt der Grund ihres Ärgers viel tiefer: Es ist die Existenz des Fabrikarbeiterverbandes, die ist ihr unangenehm. Die möchte sie am liebsten wegdisputieren. Angefangen hat sie schon damit. Sie spitzt ihren Mund — ihre Ableger, z. B. der „Gut Brand", tun desgleichen — und sagt: „Ph! Der Fabrikarbeiterverband? Was ist denn der? Der hat ja gar nicht Vierfünftel der Arbeiter der von ihm vertretenen Industrien organisiert. Er hat ja noch gar nicht die Million Mitglieder, die er haben müßte. Er hat ja nur . . . na ja, wieviel hat er denn? Ganz genau wissen wir es nicht, aber voriges Jahr hat irgendwer . . ., irgendein junger Mann, der für statistische Zahlen eine schlechte Auffassungsgabe hat und es auch sonst mit den Tatsachen nicht so genau nimmt . . . uns erzählt, daß der Fabrikarbeiterverband so an die 360 000 Mitglieder haben soll. Na ja, laß ihn gegenwärtig eine gute drittel Million haben. Aber die Million, die er haben müßte, die hat er noch lange nicht."

Beinahe hat die christliche „Gewerkschaftsstimme" den Fabrikarbeiterverband hinwegdisputiert. Triumphierend ruft sie uns zu:

> „Eine faule und noch dazu eine verlogene Agitation hat noch nie die Schlagkraft eines Verbandes gehoben. Beweis: Wo ist die Schlagkraft des Fabrikarbeiterverbandes in den Bezirken, wo derselbe vor nicht allzu langer Zeit Monopolstellung hatte? Ein Blick nach Mitteldeutschland, Ostpreußen und Berlin besagt alles. Lügen haben eben kurze Beine."

Als ob schon jemals der Fabrikarbeiterverband seine Schlagkraft durch „Lügen" und durch eine „verlogene" Agitation" unterstützt hätte! Fast in jeder Nummer des „Proletariers" wird auf die Verluste hingewiesen, die dem Fabrikarbeiterverband die Inflationskrise geschlagen hat. Jedes Flugblatt, jedes Werbeblatt, jede Werbebroschüre, jeder Versammlungsredner weist darauf hin, daß die Gewerkschaften, daß der Fabrikarbeiterverband diese Monopolstellung, die sie in den ersten Nachkriegsjahren besaßen, verloren haben wegen der treulosen Fahnenflucht eines Teils der Mitglieder und daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, diese Monopolstellung wieder zu erringen. Niemals haben wir die Verluste, die wir 1923 erlitten, irgendwie verheimlicht, sondern uns nur bemüht, diese Scharte wieder auszuwetzen. Und diese Bemühungen beginnen Erfolg zu haben.

Aber sicher ist, **der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband hat uns diese Monopolstellung nicht genommen.** Im Gegenteil: **Er hat in der Inflationskrise in einem noch stärkeren Verhältnis Mitglieder verloren als wir.** Hier gestatten wir uns eine ganz allgemeine Bemerkung: Der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband ist in seiner Mitgliederbewegung völlig an die Entwicklung **unserer** Organisation gebunden. Das Gesetz der Gravitation bindet ihn an unsere Entwicklung wie die Erde den Mond. Immer muß sein Boot in dem Kielwasser unseres Schiffes segeln. Verliert der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Mitglieder, so verliert sie auch der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband. Steigen unsere Mitgliederzahlen, dann profitiert er auch von unserer Werbearbeit. Haben wir in diesem Jahre reichlich 50 000 Mitglieder zugenommen, dann hat er es nach seinen eigenen Angaben nur auf 6000 gebracht. Und dieses geringe Ergebnis trotz der starken Hilfsstellung, den er bei seiner Mitgliederwerbung in den Organen der Kirche hat. Und trotz den für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eigenartigen **grobmateriellen** Werbemethoden, in denen mit Taschenuhren, Vorstecknadeln, Broschen und Bücherkatalogen als Belohnung für erfolgreiche Werber gearbeitet wird. Wobei wir noch bemerken wollen, daß der „Proletarier" es bis jetzt unterlassen hat, diese Dinge zu kritisieren. Der „Proletarier" unterließ es auch, irgendwelches agitatorisches Kapital daraus zu schlagen, als der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband aus finanziellen Gründen seine Unterstützungen auf die Hälfte herabsetzte. Er unterließ es, weil er Verständnis hat für die Lage einer Organisation, die um ihr Dasein ringt.

Gegen den Mißbrauch unserer Friedfertigkeit und loyalen Gesinnung müssen wir uns aber wehren. Wir müssen die „Gewerkschaftsstimme" daran erinnern, daß, wer im Glashause sitzt, nicht mit Steinen werfen soll. Wenn irgendwo das Wort von dem auf den Schützen zurückspringenden Giftpfeil zutreffend ist, dann ist es hier der Fall.

Wenn uns die christliche „Gewerkschaftsstimme" vorwirft, daß wir nicht in **allen** Bezirken und Industrien, die zu unserem Organisationsgebiet gehören, vier Fünftel der Beschäftigten organisiert haben, so ist doch die Gegenfrage erlaubt, **welchen Anteil der Beschäftigten in den Industrie- und Gewerbegruppen seines Organisationsgebietes der Christliche Fabrik- und Transportarbeiter-Verband in seinen Reihen vereinigt?** Nach seinen eigenen Angaben hatte der christliche Verband am Ende des zweiten Quartals 1927 56 087 Mitglieder. Diese Mitglieder verteilen sich aber auf ein Organisationsgebiet, das insgesamt annähernd 2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt. Bekanntlich geht ja das Organisationsgebiet des Christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verbandes weit über das des Fabrikarbeiter-Verbandes und des Keramischen Bundes hinaus, und umfaßt Industrie- und Gewerbegruppen, in dem sich von den freigewerkschaftlichen Verbänden der Fabrikarbeiter-Verband einschließlich Keramischer Bund, der Verkehrsbund, der Steinarbeiter-Verband, der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband teilen. **Von der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen seines Organisationsgebietes hat der Christl. Fabrik- und Transportarbeiter-Verband annähernd 2 bis 2½ v. H. organisiert.** Wirklich eine „mächtige Industrieorganisation", deren Größenwahn sich aufbläht, wie die des Zaunkönigs, der beim Wettflug der Vögel sich in dem Gefieder des Adlers versteckt hatte und nun, von diesem in die Höhe getragen, noch höher flog als der Adler mit dem Rufe: Ich bin König!

Lassen wir es für heute genug sein. Angesichts der ungeheuren Rüstungen der Unternehmer zur Niederringung der Arbeiterschaft, welche ihre Einigkeit und Geschlossenheit zur dringenden Notwendigkeit machen, haben wir nur mit Widerstreben zur Feder gegriffen, um die fortwährenden Anrempelungen und Angriffe abzuwehren. Denn wer ist der lachende Dritte bei diesen Auseinandersetzungen, welche die christliche „Gewerkschaftsstimme" heraufbeschworen hat? Doch nur die Unternehmer, die **nicht** so dumm sind, sich in christliche und neutrale Unternehmerorganisationen auseinanderorganisieren zu lassen.

G. R.

Literarisches.

Die deutsche Elektrizitätsversorgung. — Herausgeber Deutscher Metallarbeiter-Verband, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des DMV. Stuttgart. Mit 70 Abbildungen und 25 graphischen Darstellungen, 280 Seiten, Ganzleinen, durch die Verwaltungsstellen oder freien Gewerkschaften bezogen, 5 Mk., durch den Buchhandel 8 Mk. Der DMV. hat mit diesem Buch den Versuch unternommen, eine allgemein verständliche Übersicht über die deutsche Energiewirtschaft zu liefern.

Die Bestrebungen zur Herabsetzung der Erzeugungskosten des elektrischen Stromes und damit die Förderung seiner Verwendung in Industrie, Landwirtschaft und Haushalt haben dazu geführt, die Erzeugung nach Möglichkeit auf wenige Stellen zusammenzuballen. Heute werden von einigen wenigen Stellen aus ganze Provinzen mit elektrischer Energie versorgt. Die moderne Großerzeugung von elektrischer Energie hat sich dazu die Stellen ausgesucht, wo die Natur ihre Energiemengen in ausgiebigem Maße zur Verfügung stellt. Die Gewinnung von Elektrizität aus den Wasserkräften — weiße Kohle — erfolgt in der Hauptsache in Süddeutschland. In Sachsen, in Mitteldeutschland und im linksrheinischen Gebiet basieren die Großkraftwerke auf Braunkohle. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist naturgemäß die Steinkohle der vorwiegend angewandte Energieerzeuger. Bei den reinen Wasserkraftwerken besteht neben ihrem Ausdehnungsdrang das Bedürfnis der Anlehnung. Das Wasser steht trotz Stauanlagen und Sammelbecken nicht immer im erforderlichen Umfange zur Verfügung. Für Bayern gilt dies nicht. Dort ist Energie aus Wasserkraftwerken in ausreichendem Maße vorhanden. Die Wasserkraftwerke suchen Anschluß an Wärmekraftwerke, um sich deren Hilfe bei geringem Wasserstand zu sichern. Diese Entwicklung hat zu einer gegenseitigen Bekämpfung geführt, auf der anderen Seite jedoch das Bestreben geweckt, alle Werke zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschweißen.

Für Wasser und Gas ist der Gedanke der Gemeinwirtschaft unbestritten. Die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom zu Licht-, Kraft- und Heizzwecken zwingt in die gleichen Bahnen. Schon im Jahre 1909 hat Emil Rathenau, damals Generaldirektor der AEG., den Gedanken ausgesprochen, daß mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen dem Staat auch das Monopol für die Versorgung mit elektrischer Kraft zufallen müsse. Bei der geistigen Einstellung der Verfasser des vorliegenden Buches ist es selbstverständlich, daß die privaten Monopolbestrebungen, die für die Elektrizität ebenso bestehen wie für andere Waren, bekämpft werden. Allein schon im Hinblick auf die ungeheure Bedeutung, die in der Beherrschung der Licht- und Kraftversorgung liegt, ist die Überführung der deutschen Elektrizitätswirtschaft in die öffentliche Hand erforderlich.

Sehr wichtig für denjenigen, der die Entwicklungsrichtung des Kapitalismus beobachtet, ist die Darstellung der wirtschaftlichen Unternehmungsformen in der Elektrizitäts-Industrie, die in dem Buche gegeben wird. Hier wird das stille Ringen zwischen der Gemeinwirtschaft des Staates und der Gemeinden und der Privatwirtschaft der großen Kapitalskonzerne verständlich gemacht. Eine Aufstellung über die Kapitalsmacht der großen Unternehmungen zeigt, daß in den großen Konzernen und in den gemischt- und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Elektrizitäts-Industrie über 2,7 Milliarden Reichsmark Kapital investiert sind. Die Verflechtungen und Zusammenhänge der Unternehmungen werden in übersichtlicher Weise dargestellt. Lobenswert und gut ist die Ausstattung des Buches durch Bilder, Karten und Zeichnungen und statistische Diagramme. Umfangreiche Sach- und Schlagwort-Register erleichtern den Überblick.

Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes hat sich durch die Herausgabe dieses Werkes ein Verdienst erworben. Nicht zuletzt ist das Buch ein Beweis für den Willen der Gewerkschaften, in die Entwicklung der Volkswirtschaft mitbestimmend einzugreifen. Wir können das Buch, das übrigens sehr preiswert ist, unseren Lesern, die sich mit volks- und gemeinwirtschaftlichen Problemen beschäftigen, auf das wärmste empfehlen.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die September-Nummer der lesenswerten Zeitschrift enthält neben einer Abhandlung über die „**Gesundheitsfürsorge und Krankenkassen**" eine Reihe interessanter Artikel. Von denen wir hervorheben: „Von den Vitaminen", „Der sommerliche Durst", „Die Gefahren des Sommers" u. a. Die „Gesundheit" wird an den Schaltern der Krankenkassen jedem Versicherten **unentgeltlich** ausgehändigt.

---

hinaus, dann erst werden die dampfschnaubenden Ungeheuer vorgespannt.

Dies alles sind klare und zweckmäßige Dinge, immerhin kompliziert und vorläufig bis zur letzten Möglichkeit gesteigert. Aber das Nichtfaßbare, wie ein Märchenmotiv Faszinierende ist die andere Seite, von der kein Aufhebens gemacht wird. (Und seltsam: der **Amerikaner**, der mir das Newyork des Tages und der höchsten Arbeitsentfaltung zeigte, hatte kein Wort für das Newyork der Nacht, das mir ein eingewanderter **Deutscher** erschloß.) Groß, schön und erschütternd ist diese Stadt bei Nacht! Nicht die tollste Lichtreklame der Welt an der Kreuzung des Broadways und der 5. Avenue, nicht die vielfach gestaffelten Autoreihen, nicht die wunderbar funktionierende Verkehrsordnung, nicht die Menschenmassen aus allen Zonen, allen Ländern, die sich auf den taghell beleuchteten Avenues drängen, nicht die donnernden Lichtschlangen der Hochbahnzüge sind das Einmalige, Unübertreffliche: die jähe Verzauberung von Tag in Nacht, der schroffe Übergang von Arbeit zum Vergnügen, der plötzliche Sturz aus Straffheit in Entspannung ist das Überwältigende. Ein von allen Nuancen erlöstes und nur von Kontrasten beherrschtes Leben.

Daneben aber manchmal — und gar kein Widerspruch, nur eine Bestätigung — nur dem Fremden noch erkennbar: eine Verschmolzenheit von Vergnügungslust und Arbeit in dieser auf Mitternacht zuschreitenden Stunde. Neben dem Kino ist noch das Obstgeschäft, der Bäckerladen, der Frisiersalon geöffnet; neben den Taxireihen stehen Fiaker mit lebendigen Gäulen davor; Zeitungen, die dritte am Tage, werden in Massen gekauft; Wanderprediger stehen auf den Trottoirs, versammeln Menschen um sich, als wäre es Hochzeit im Bankviertel in Downtown. Und die Mädchen, die Frauen! Alle gleiche Gesichter, gleiche Kleidung, gleiche Haltung. Sehr bemalt, [illegible]behängt, Näschen hoch erhoben. Uniform wie der Strohhut, [illegible] runde Hornbrille des Mannes. Zwangsläufige Erinnerungen an Harald Lloyd, Mary Pickford: er, der gesteigerte Typus des jungen Amerikaners, zwar etwas ins Lächerliche gebogen; sie, Vorbild, Ideal für das junge Mädchen, die Frau. Und doch! Diese Stadt, diese zehn Städte in einer, ist „the first city in the world" („die erste Stadt der Welt"). Phantastisch und nüchtern, verrückt und gigantisch, liebenswert und haßverdient, lebt sie in mir, wühlt in meinem Denken, Empfinden. Ein ungeheuerlicher Spuk aus Wirklichkeit und Traum. Unauslöschlich wie das erschütterndste Erlebnis meines Daseins: der Krieg.

Der Stuhlflechter von Florenz.

Smaragdgrün mischte sich das weingelbe Licht der Abendsonne mit dem tiefen Blau des toskanischen Himmels. Wie schwarze Fackeln standen hohe Zypressen über ansteigenden Wein- und Olivengärten, und im Zwielicht der Gestirne strahlte Firenze — la Bella — die Schöne, wie der Volksmund Florenz nennt, aus dem Tale herauf. Eine grünsilberne Schärpe glitzerte der Arno.

Auf halber Höhe saßen wir; hatten die kleine Schenke mit der einzigen Bank und dem einzigen Tisch in einen Hörsaal für Renaissance-Philosophie verwandelt. Da trat zu uns ein ärmlich gekleideter Alter. Er führte seine blinde Frau am Arme und bat höflich, am Tische Platz nehmen zu dürfen.

„Willst dir von dem Pack wohl Läuse holen?" bemerkte spöttisch mein Nachbar, der nur widerwillig aufrückte.

Der Alte, ein Hüne mit weißem Bart und wasserhellen Augen im braunen Gesicht, nahm dankend neben mir Platz und trank mit seiner Frau ein Glas billigen Fruchtsaft, und beide nippten an dem Glase, als wäre der Inhalt eine seltene Köstlichkeit.

Im Laufe des Gespräches erfuhr ich von dem Alten, daß er ein armer Stuhlflechter sei und alle Abende für eine Viertelstunde hierherkomme.

Plötzlich zerriß Musik wirbelnder Gitarren und Gesang und lärmender Tanz die Stille, und auch der Alte stimmte mild und begeistert mit ein in die Klänge aus „Traviata". Nie habe ich Verdi so voll empfunden, wie hier in Toskana, als seine Musik mir aus dem Munde schlichter Menschen so mitreißend ertönte.

Der Alte, der mich ergriffen sah, erklärte: „Signore, als ich noch jung war, oh, da konnte ich singen! — Jetzt bin ich alt! — Die Jugend singt immer besser als wir Alten! — Aber damals, als junger Mensch, da habe ich im Petersdom in Rom gesungen! — Signore, im Petersdom!"

„Da kennt ihr auch die Sixtinische Kapelle mit den Bildern Michelangelos?"

„O ja!" jauchzte voll Seligkeit der Alte, „das ist alles so wunderbar, daß ich es nicht in Worten sagen kann."

„Und Michelangelos Sterbenden Sklaven?"

„Signore!" sprach langsam und mit tiefem Atem der Alte, „als ich das Gesicht des Sterbenden Sklaven zum ersten Male sah, da habe ich geweint. Es ist so wunderbar, so herrlich, aber ich verstehe es nicht zu sagen, wie tief es mich erschütterte!"

„Wenn ihr das Gesicht des Sterbenden Sklaven gesehen habt, dann habt ihr Michelangelo von Angesicht zu Angesicht gesehen; denn das in leidenschaftsloser Vollendung dem Tode hingeneigte Sklavenantlitz birgt die unsterbliche Seele des Meisters selbst, der sich mit seinen Händen als Sklave seines Genius lebend in den Stein hineingegraben hat."

Mit durchdringenden Augen sah mich der Alte an und die blinde Frau wandte stumm ihren Kopf mir zu. Da bat ich die beiden, ein Glas besseren Weins mit mir zu trinken.

Stolz lehnte der Alte ab: „Signore! Ich beneide euch nicht um den besten Wein und daß ihr davon trinken könnt, soviel ihr wollt. — Um was ich euch beneiden muß, ist euer Wissen und Studieren um die großen Künste, die ich nicht verstehe. Ich weiß, daß sich nicht jeder sättigen kann am Überfluß der Welt. Ein armer Stuhlflechter braucht nicht viel bunte Farben in seinem Dasein, aber Licht braucht er! Reines, warmes Licht! — Und vielleicht wären alle Menschen glücklicher, wenn sie nicht wünschten, mehr zu besitzen, als sie zur reinen Lebensfreude brauchen."

Er drückte mir fest die Hand und ging mit seiner blinden Frau hinaus in die sternenklare Nacht.

C. P. Hiesgen.

Die Zahlstelle Frankfurt a. M.

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen

Agitationsleiter.

Bewerber haben neben handschriftlicher Bewerbung einzureichen:

1. Kurze Schilderung des Lebenslaufs und der bisherigen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung.
2. Einen kurz gehaltenen Aufsatz über das Thema: „Welche Aufgabe hat der Agitationsleiter".

Rednerische Befähigung und Kenntnis des Arbeits- und Tarifrechts ist Bedingung, ebenso achtjährige Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Gehaltsregulativs.

Bewerbungsschreiben sind bis zum 29. Oktober d. J. zu richten an **Peter Krämer**, Frankfurt a. M., Weserstraße 5, I. [8,—]

Männliche Arbeiter aller Berufe

die gewillt sind, sich neben ihrer Pflichtkrankenkasse noch gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

Meißner Zuschußkasse

eintreten. Die Meißner Zuschußkasse wurde im Jahre 1878 als Zentralkasse von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen und wird heute noch von ihren Mitgliedern verwaltet und geleitet. Sie zählt gegenwärtig rund 65 000 Mitglieder mit fast 700 über ganz Deutschland verteilten Verwaltungsstellen. Der von der Kasse erzielte Überschuß wird außer zur Ansammlung der notwendigen Reserven immer wieder zur Verbesserung der Leistungen verwendet.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt in den bestehenden fünf Klassen 30, 40, 50, 70 und 100 Pfennig.

Das wöchentliche Krankengeld wird, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bis zu einem Jahre gezahlt. Es beträgt in Klasse I (Lehrlingsklasse) 5,40 Mk., Kl. II 7,20 Mk., Kl. III 9,00 Mark, Kl. IV 12,60 Mk. und in Klasse V 18,00 Mk.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten dessen Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 150 Mark, je nach der Klasse und der Dauer der Zugehörigkeit zur Kasse.

Nach fünfjähriger Mitgliedschaft erhalten die Mitglieder im Falle eintretender **dauernder Erwerbsunfähigkeit einen Zuschuß zur Rente aus der Reichsinvaliden- bzw. der Angestelltenversicherung.**

Nähere Auskunft erteilen und Anmeldungen nehmen entgegen die örtlichen Verwaltungsstellen der Kasse sowie auch die **Hauptverwaltung der Meißner Zuschußkasse in Meißen (Sachsen), Martinstraße 5.** [15,50]

Beilage zum Proletarier

Nummer 41 — Hannover, 8. Oktober 1927 — 36. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Vulkanisierbetrieben der Kölner Gummiindustrie.

In der Kölner Gummiindustrie ist die Akkord- und Prämienarbeit fast restlos durchgeführt, auch in den Vulkanisierbetrieben, wo die Gesundheit der Arbeiter überaus stark gefährdet ist. Es mag anerkannt werden, daß die Betriebe ihr mögliches getan haben, Einrichtungen zu treffen, um das schlimmste von der Arbeiterschaft abzuwehren. Es liegt aber auf der Hand, die besten Einrichtungen in diesen Abteilungen können nicht verhindern, daß schwere gesundheitliche Schädigungen für die dort beschäftigten Arbeiter eintreten. Es wäre im Interesse der Arbeiter besser, wenn statt Akkord- und Prämienarbeit in diesen Abteilungen nur im Stundenlohn gearbeitet würde, der allerdings mindestens 1,80 bis 2 Mk. pro Stunde betragen müßte. Die Unternehmer müssen die Einsicht aufbringen, jeden Antrieb zu Mehrleistungen zu vermeiden, die über das Maß der üblichen Durchschnittsleistungen hinausgehen.

Nach § 8 unseres Rahmenvertrages ist die Akkordarbeit wie folgt geregelt:

„Wo die Akkordarbeit Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter in sich birgt, darf sie nur mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft eingeführt oder aufrecht erhalten werden."

Es steht zweifellos fest, daß die Arbeiter in den Vulkanisierbetrieben stärksten gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind, und wenn die Anwendung dieser Bestimmungen praktischen Wert haben soll, so sind hier sicher die Voraussetzungen dafür gegeben. Man will aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, keinen höheren Stundenlohn wie den tariflichen zahlen und deshalb versucht man mit Akkord- und Prämienarbeit auszukommen. Daß bei den Arbeitern das Bestreben obwaltet, mehr zu verdienen, und daß dadurch die gesundheitlichen Rücksichten erst an zweiter Stelle gesetzt werden, ist bei den heutigen schwierigen, wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiterschaft an und für sich verständlich. Es soll den Arbeitern auch kein Vorwurf gemacht werden. Aber es müßte doch zur Abwendung der gesundheitlichen Gefahren möglich sein, jede Hatz bei der Arbeit zu vermeiden durch eine Lohngestaltung auf der Grundlage der den Akkord- und Prämienverdiensten entsprechenden Zeitlöhnen. Diese Forderung ist durchaus durchführbar, wenn die Arbeitgeber ihre grundsätzlichen Bedenken zurückstellen und gemeinsam mit der gesetzlichen Betriebsvertretung und der Arbeiterschaft in den Betrieben, in Verbindung mit den beiderseitigen Organisationen versuchten, die Akkord- und Prämienarbeit abzuschaffen.

Eine besondere Härte für die Vulkanisierer ist auch die Bestimmung in unserem Tarifvertrage, daß die Arbeiter unter 20 Jahren nur vier Tage Urlaub bekommen. Unsere Kollegen sind teilweise schon längere Zeit in den Fabriken beschäftigt, kommen nun an diese Arbeit und erhalten auch nur vier Tage Urlaub, die bei der Gesundheitsgefährdung durch diese Arbeit doch keine Erholung für den Körper darstellen kann. Wenn der Urlaub seine Zweckbestimmung erfüllen soll, so müssen die Unternehmer den Arbeitern in den Vulkanisierräumen aus sehr berechtigten Gründen restlos den tariflichen Höchsturlaub von 12 Tagen gewähren. Im Geiste höre ich schon die grundsätzlichen Einwendungen der Unternehmer. Auch in den anderen Fachgruppen der chemischen Industrie wird man einwenden, man müßte dann dort ebenso verfahren und den Arbeitern, deren Gesundheit dauernd und intensiv solchen Gefahren ausgesetzt sind, mehr Urlaub gewähren. Ja, auch hier sind große Härten, daß es an der Zeit wäre, für schwere, ungesunde Arbeit den von mir bezeichneten Maßstab der Urlaubsgewährung anzulegen.

Gegenwärtig steht es so, daß dafür die Unternehmer noch sehr wenig Verständnis aufgebracht haben. Die letzte Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die richtige Bewertung der menschlichen Arbeitskraft erst noch schwerer wirtschaftlicher Kämpfe erfordert. Hoffen wir, daß auch der Arbeiter seine Gesundheit, sein einziges Gut, seine Arbeitskraft immer besser schätzen und werten lernt, mehr Selbstbewußtsein und Selbstachtung an den Tag legt, dann werden wir auch eine bessere Einsicht beim Unternehmertum erreichen.

P. Herfwig.

Die Lohnbewegung in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.

Die Lohnbewegung in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie wird von den Unternehmern weidlich ausgenutzt, um eine Kohlenpreiserhöhung zu bekommen. Der erste von den Unternehmern gestellte Antrag ging dahin, daß die Preise für Briketts um 2 Mk. je Tonne erhöht werden sollten. Der Reichswirtschaftsminister hat angeblich aus „allgemeinen politischen" Gründen die Kohlenpreiserhöhung abgelehnt. Da auf diesem Wege nichts zu erreichen war, haben die Unternehmer ihre Ansprüche gemäßigt; sie verlangen jetzt die Preiserhöhung nur noch für Hausbrandbriketts im engeren Kerngebiet. Industriebriketts sollen von der Preiserhöhung verschont bleiben.

Unter allen Umständen wollen die Unternehmer bei dieser Lohnbewegung „etwas" verdienen, und dazu sollen die Arbeitnehmerorganisationen ihnen helfen. Die Unternehmerpresse, hauptsächlich die „Deutsche Bergwerkszeitung", bringt mehrere Notizen, die deutlich darauf abzielen. Nach der neuesten Nachricht wird von einem „Einlenken der Bergarbeiterorganisationen in der Preisfrage" gesprochen. Danach soll von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt worden sein, daß der Schwerpunkt der Situation zur Zeit beim Reichswirtschaftsminister liege und die Gewerkschaften eine eindeutige Erklärung des Reichswirtschaftsministers über seine Preispolitik fordern.

Diesen Schwindel haben sich die Unternehmer selbstverständlich aus den Fingern gesogen. Wir möchten den Arbeitnehmervertreter sehen, welcher den Unternehmern diese Mitteilung gemacht haben soll. Der Reichswirtschaftsminister muß es ja wissen, weshalb er seinen ablehnenden Standpunkt in bezug auf Erhöhung der Kohlenpreise aufrecht erhält. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß den Berechnungen des Reichswirtschaftsministers bei den Lohnverhandlungen im Juni dieses Jahres die Förder- und Absatzziffern der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie vom Monat Januar 1926 zugrunde gelegen haben. Nach diesen Berechnungen sollte es der Braunkohlenindustrie möglich sein, eine Lohnerhöhung von 3 Proz. zahlen zu können, ohne daß eine Kohlenpreiserhöhung zu erfolgen brauche. Die Unternehmer haben damals den Schiedsspruch abgelehnt, und der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt.

Die Arbeiter in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie haben aus diesen Vorgängen gelernt. Sie haben gesehen, daß es nicht immer so geht, wie früher, wo Lohnschiedssprüche gefällt und auch für verbindlich erklärt wurden. Sie haben jetzt zum größten Teil den Weg zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen gefunden. Die am Tarifvertrag für die Braunkohlenindustrie beteiligten Organisationen haben daher jetzt eine günstigere Position als bisher. Die Unternehmer und das Reichsarbeitsministerium haben die beste Agitation für die Gewerkschaften geleistet. Da die Gewerkschaften sich jetzt stark genug fühlen, den Lohnkampf ohne das Reichsarbeitsministerium und andere staatliche Behörden durchzuführen, bekommt man es dort mit der Angst zu tun. Angeblich sollen neuerdings nochmals Berechnungen im Reichswirtschaftsministerium vorgenommen sein, die ein wesentlich anderes Bild ergeben haben, als die im Juli d. J.

Jetzt findet man keinen Ausweg, und die Unternehmer verstecken sich hinter das Reichswirtschaftsministerium und das Reichswirtschaftsministerium hinter die Unternehmer.

Dieses Versteckenspiel haben die Arbeitnehmerorganisationen satt. Sie verlangen deshalb auch keine klare Stellungnahme des Reichswirtschaftsministers zur Preispolitik, sondern eine Lohnerhöhung im Ausmaß der gestellten Forderungen. Eine gemeinsame Konferenz sämtlicher Funktionäre der in Betracht kommenden Gewerkschaften wird am 2. Oktober in bezug auf die eingeleitete Kündigungsaktion weitere Beschlüsse fassen.

wh.

Papier-Industrie

Alles schon da gewesen.

II.

Die gesetzliche Regelung des Lehrlingsrechts läßt in Deutschland noch viel zu wünschen übrig. Infolgedessen bemühen sich die Gewerkschaften, die soziale Lage der Lehrlinge durch Tarifvertrag zu regeln. Sie stoßen dabei auf scharfen Widerstand der Unternehmerkreise, der sich insbesondere beim Handwerk zeigt. Die Sucht nach wirtschaftlicher Freiheit zeitigt bereits bei der Lehrlingsausbildung ihre Blüten. Selbst im geltenden Arbeitszeitnotgesetz ist der Lehrling schlechter gestellt, als der Jugendliche, ungelernte Arbeiter und die übrigen Arbeitnehmer. Die gleiche Tendenz verfolgt auch das von der Reichsregierung vorgelegte Arbeitsschutzgesetz. Also selbst die Reichsregierung und wahrscheinlich auch die reaktionäre Mehrheit des gegenwärtigen Reichstags stellt sich schützend vor die Lehrlingsausbeutung.

Die Geschichte beweist, daß selbst im Zunftzeitalter der Lehrlingsausbeutung bestimmte Grenzen gesetzt waren. Kirchner führt in seiner Geschichte des Papiers eine Handwerksordnung aus dem Jahre 1648 auf, die nach Beendigung des 30jährigen Krieges auf einer Papiermacherversammlung in Plauen im Vogtl. beschlossen wurde und die die Handwerksgebräuche über „Schelten, Strafen und Lehrjungen" regelt. Auf dieser Papiermacherversammlung waren die Gesellen sogar in der Mehrzahl.

Bezüglich der Lehrlinge wurde beschlossen, daß ein Meister, der einen Jungen anlernt, gezwungen ist, mindestens auch einen Gesellen zu beschäftigen. Der Meister darf an jeder Bütte nur einen Lehrling beschäftigen und dieser muß bei drei Gesellen ausgelernt haben. Erst, wenn ein Papiermachermeister vier Gesellen beschäftigt, dürfen zwei Lehrlinge an einer Bütte auslernen.

Dasselbe berichtet F. v. Hößle in seiner württembergischen Papiergeschichte. Danach durfte ein Papiermachermeister, der zwei Gesellen hatte, einen Jungen in die Lehre nehmen.

Marabini berichtet in seiner Papiergeschichte der Reichsstadt und des Burggrafentums Nürnberg, daß im Jahre 1733 der Papiermacher Sebastian Heerdegen in einen Konflikt mit der Markgräflichen Regierung zu Ansbach geriet, weil er 1732 seinen eigenen Sohn als Papiermacher frei sprechen ließ, ohne das neu erlassene Reichsedikt zu beachten, nach dem der Freisprechungsakt nur durch die landesherrliche Behörde vorgenommen werden konnte. Die Überschreitung dieser gesetzlichen Vorschrift mußte Heerdegen mit 6 Fl. Strafe büßen.

Kirchner berichtet in seiner Geschichte des Papiers, daß nach Angabe des Papiermachers Stahl in Weende bei Göttingen es Brauch gewesen sei, daß auch des Meisters Sohn vier Jahre zu lernen hatte. Wollte der Papiermachermeister seinen Sohn von der Bedienung der Lehrgesellen befreien, so hatte er einen Gesellen zu halten, der den Legstuhl bediente und außerdem einen Laufjungen oder Hausknecht zu beschäftigen, der die gröberen Arbeiten verrichtete.

Die Behandlung der Lehrlinge dürfte allerdings manchmal eine recht brutale gewesen sein. So weiß Kirchner zu berichten, daß der Papiermacher Keferstein in Cröllwitz bei Halle ständig einen Zollstock bei sich führte, mit dem er die Lehrjungen verprügelte; eine Unsitte, die auch heute noch nicht aus allen Papierfabriken verschwunden ist.

Wir sehen also, daß die heutige Gewerbeordnung der Lehrlingszüchterei einen viel weiteren Spielraum läßt, als die während der Zunftzeit vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen oder kollektiven Vereinbarungen zwischen Meister und Gesellen.

Lange vor der deutschen sozialen Gesetzgebung waren Anfänge der sozialen Fürsorge in der deutschen Papiermacherei vorhanden. So berichtet F. v. Hößle in seiner Geschichte der alten Papiermühlen im ehemaligen Stift Kempten und in der Reichshauptstadt Kempten, daß bereits im 17. Jahrhundert die Kemptner Papiermacher ihre eigene Krankenkasse besaßen, wovon noch aus dem Jahre 1837 ein Bruderschaftsschild vorhanden ist.

Die Geschichte berichtet auch darüber, daß die zunftmäßigen Papiermachergesellen der Ausbeutung der Frauen keinen freien Lauf ließen. Im Jahre 1856 fand eine von Papiermachermeistern und deren Gesellen besuchte Versammlung in Kaufbeuren statt. In dieser Versammlung wurde ein Vertrag geschlossen, der u. a. auch die Frauenarbeit regelt. Dieser Vertrag schrieb u. a. vor, daß die Frauenarbeit beim Stampfen und Glätten des Papiers gänzlich abgeschafft wird und für die Zukunft verboten ist. Statt dessen wurde jedem Meister erlaubt, an jeder Bütte zwei Lehrbuben zu beschäftigen. Eine Ausnahme wurde nur für die unverheirateten Meistertöchter gestattet, soweit sie unter der Zucht ihres Vaters standen und von demselben verpflegt wurden. Die Beschäftigung anderer Frauen wurde ausgeschlossen. Diese Maßnahme mag nach unseren heutigen Begriffen als rückständig erscheinen. Für die damaligen Verhältnisse bedeutet aber der Beschluß die Beseitigung einer täglich 14 bis 15stündigen Ausbeutung der Arbeiterinnen.

Nach Kirchner wurde 1739 in Frankreich durch königliches Gesetz abermals eine sogenannte Papierordnung geschaffen. In dieser Verordnung wurde auch die Auflösung des Arbeitsverhältnisses gesetzlich geregelt. Danach hatte ein Arbeiter 100 Livre Strafe zu bezahlen, wenn er ohne Kündigung das Arbeitsverhältnis löste. Die Papiermachermeister mußten bei Neueinstellungen einen Entlassungs[illegible] — das heutige Arbeitszeugnis — verlangen. War dieser Entlassungsschein nicht vorhanden und stellten sie den Papiermachergesellen trotzdem ein, so verfielen sie einer Strafe von 300 Livre.

Auf der anderen Seite hatten aber auch die Papiermachermeister kein Recht zur kündigungslosen Entlassung ihrer Gesellen und Arbeiter. Entließ ein Meister seinen Gesellen oder Arbeiter ohne Kündigung, so hatte er demselben für sechs Wochen Lohn und Kost zu bezahlen.

Bei Zeugnisverweigerung durch den Meister war der Papiermachergeselle berechtigt, sich ein solches durch die Geschworenen zu beschaffen.

Die dem Gesellen auferlegten Strafen wegen Aufgabe der Arbeit ohne Kündigung, fielen zu einer Hälfte dem geschädigten Meister und zur anderen Hälfte dem König zu.

Dasselbe Gesetz regelte auch die tägliche Arbeitsleistung, und zwar war vorgeschrieben, daß der Büttengeselle pro Tag ein Ries Grand Aigle zu 130 Pfund oder neun Ries Petit-Jesus zu sechs Pfund zu schöpfen hatte. Nach dem Gesetz war die eine Hälfte der täglichen Leistung am Vormittag, die andere Hälfte am Nachmittag zu verrichten.

Überarbeit war gesetzlich verboten. Bei Überschreitung dieses Verbotes hatte der Meister 50 Livre und der Geselle 3 Livre Strafe zu bezahlen. Die Strafgelder gingen, soweit im Gesetz keine besondere Bestimmung getroffen war, zu ein Drittel an den König, das weitere Drittel an die Geschworenen und das letzte Drittel an das Hospital des Ortes.

Dieses Gesetz galt allerdings nicht in Deutschland, sondern in Frankreich. Kirchner, dieser alte Unternehmerfreund, hebt deshalb in seinem Buche schmunzelnd hervor:

„Nachahmung fand dieses Gesetz nach Kenntnis des Verfassers nur in Österreich unter der Kaiserin Maria Theresia. In den deutschen Staaten kam es nie zu einem ähnlichen Gesetze."

Das in diesen beiden Artikeln beigebrachte Material beweist, daß in der Zunftzeit und auch später eine wahllose Ausbeutung der Papierarbeiterschaft verhindert wurde, entweder durch gesetzliche Eingriffe der Behörden oder durch Abwehrmaßnahmen der Arbeitnehmerschaft, die dann kollektive Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Folge hatten. Wenn deshalb das heutige Unternehmertum immer wieder Sturm gegen die soziale Gesetzgebung und die Tarifverträge läuft, so können wir ebenfalls mit Ben Akiba den Unternehmern entgegen halten: „Alles schon da gewesen!"

G. Stühler.

Kurz- oder langfristige Lohntarife.

Diese Frage hat schon oft die Arbeiterschaft der Betriebe beschäftigt und findet ihre Berechtigung in den jeweils abgeschlossenen Tariflöhnen. Der Bezirkslohntarif der Papiererzeugungsindustrie für die Gruppe Schlesien, gültig vom 4. April 1927 bis 30. April 1928, sieht für vollwertige Arbeiter über 21 Jahre folgende Lohnsätze vor:

Ortsklasse	I	II	III	IV
Maschinenführer . .	74,5	70,5	67	59,5 Pf.
Hofarbeiter	55	52,5	49,5	44 Pf.
Arbeiterinnen . . .	36,5	35	33	29,5 Pf.

Diese an und für sich geringen Löhne sind entwertet durch die mittlerweile eingetretene Preissteigerung und die noch — wahrscheinlich — zu erwartende weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist die Frage berechtigt, ob es klug war, einen Tarif auf die Dauer eines Jahres abzuschließen. In Anbetracht der Entwicklung der Teuerungsverhältnisse wird diese Frage kaum mit ja beantwortet werden können. Hinzu kommt noch eine weitere Tatsache: Durch die famose Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 hatte der größte Teil der schlesischen Papiererzeugungsfabriken zu Beginn des Jahres 1924 die Arbeitszeit vom Drei- zum Zweischichtensystem umgestellt. (Diese Auffassung ist irrig. Tatsächlich hat der größte Teil der schlesischen Betriebe der Papiererzeugungsindustrie das Dreischichtensystem beibehalten. Die Zentralbranchenleitung.)

Bei der Umstellung der Betriebe wurde zwar die Absicht der Arbeitgeber, die im Zweischichtensystem beschäftigten Arbeiter geringer zu entlohnen, als die im Dreischichtensystem Beschäftigten, durch unsere Verbandsleitung durchkreuzt. Dafür wurden aber die Löhne der Gesamtarbeiterschaft reichlich niedrig gehalten. Für die bisher im Zweischichtensystem beschäftigten Arbeitnehmer bedeutet die von diesem erstrebte und verlangte Rückkehr zum Dreischichtensystem immerhin einen erheblichen Lohnausfall, der sich um so stärker bemerkbar macht, als die Lage des Arbeiterhaushalts durch die niedrigen Löhne bisher schon auf einen sehr tiefen Punkt angelangt war. Durch die in Aussicht stehende Mietpreissteigerung vom 1. Oktober an erfährt das Arbeitereinkommen eine abermalige Verschlechterung.

Alle diese nicht aus der Welt zu schaffenden Tatsachen berechtigen zu der Feststellung, daß Tarife mit einer jährlichen Laufdauer nicht im Interesse der Kollegenschaft liegen, weil sie durch die dauernden Preissteigerungen unhaltbar werden. Infolgedessen sollte wenigstens in der kommenden Zeit kein Tarif für länger als 6 Monate abgeschlossen werden.

Diese Ausführungen sollen keine Vorwürfe gegen die Verbandsleitung sein, sondern nur eine wohlgemeinte Mahnung, ernstlich zu prüfen, ob es für die Arbeiterschaft gut ist, wenn solche langfristige Tarifverträge abgeschlossen werden. Schuld an diesen langfristigen

Tarifverträgen trägt zweifellos auch mit die schlesische Kollegenschaft, weil sie bisher oftmals ihrer Gewerkschaftsorganisation recht gleichgültig gegenüberstand. Tritt in diesem Punkte eine Besserung ein, so dürfte darin die Gauleitung bei ihren künftigen Abschlüssen eine starke Stütze finden. Sie würde dann imstande sein, Tarife abzuschließen, die den Preissteigerungen und der Verteuerung der Lebenshaltungskosten besser gerecht werden. M.

Explosionsunglück in Stockstadt.

Am 14. September 1927 ereignete sich in der zum Aschaffenburger Konzern gehörenden Zellstoff-Fabrik Stockstadt eine schwere Explosion eines neuen Spiritusdestillierapparates, mit dem nach der „Aschaffenburger Volkszeitung" eine 100prozentige Sulfitspritausbeute erzielt werden sollte, während nach dem bisherigen Verfahren nur 92prozentige Ausbeute erreicht wurde.

Vier Arbeiter wurden durch die Explosion verletzt. Zum Glück waren vier Maurer, die unter dem Kessel beschäftigt waren, während der Explosion infolge ihrer Mittagszeit nicht mehr im Arbeitsraume anwesend, sonst würde auch dieser Unglücksfall seine Todesopfer gefordert haben.

Über die eigentlichen Ursachen der Explosion ist anscheinend noch keine Klarheit vorhanden. Im Interesse der Betriebssicherheit ist eine genaue Untersuchung der Explosionsursachen erforderlich.

Nahrungsmittel-Industrie

Zuckerarbeiterkonferenz für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt.

Am Sonntag, dem 18. September, tagte in Köthen (Anhalt) eine von der Gauleitung einberufene Konferenz. Anwesend waren 50 Delegierte, ferner Gauleiter Tolski und Branchenleiter Senkfeil vom Hauptvorstand.

Nach der Wahl einer Mandatsprüfungskommission und eines Schriftführers sprach Kollege Senkfeil über „Die Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes für die Arbeiterschaft der rübenverarbeitenden Industrie". Der Vortragende behandelte zunächst in sehr guten Ausführungen die Vorkriegsarbeitszeit und ging dann zur Verordnung der Volksbeauftragten über. Er zeigte an Beispielen, mit welchen Mitteln die Unternehmer versuchten, den Achtstundentag zu unterhöhlen. Die altbekannten Rufe, daß nur eine lange Arbeitszeit helfen kann, wurden immer stärker. Leider leistete auch ein Teil der Arbeiter nicht genügend Widerstand. Es herrschte durch den inzwischen eingetretenen gesetzlosen Zustand ein Durcheinander, welches noch unklarer wurde durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923. Bei dem nach der Verordnung einsetzenden Sturm der Arbeitgeber auf die Arbeitszeit zeigte sich, daß da, wo die Organisation stark war, erträgliche Verhältnisse zustande kamen und die oft maßlosen Wünsche der Unternehmer abgewehrt wurden. Nur in Gegenden und Industrien, wo bis vor kurzer Zeit die radikalsten und lautesten Schreier saßen, traten Verlängerungen oft über die Vorkriegsarbeitszeit hinaus ein. In der Zuckerindustrie waren die Schwierigkeiten besonders groß. Betriebe, die stets in drei Schichten gearbeitet hatten, gingen zum Zweischichtensystem über. Nur in Betrieben, wo eine gut organisierte Belegschaft war, blieb das Dreischichtensystem bestehen. Die einsetzende Krise brachte ein großes Heer Erwerbsloser. Die Auswirkungen waren katastrophal und sie drängten stürmisch nach einer Lösung. Am 14. April 1927 kam das Gesetz über die Arbeitszeit. Auch dieses Gesetz brachte die Lösung nicht und kann nur als ein Gesetz zur Regelung der Mehrarbeit angesehen werden. Das Gesetz spricht von Arbeitsbereitschaft, und hier glauben die Unternehmer in der Zuckerindustrie den Ausweg zu finden, um das Zweischichtensystem durchzuführen. Obgleich dieselben durch den Abschluß eines Abkommens, welches Bezahlung von 12 Stunden beim Zweischichtensystem vorsieht, bestätigt haben, daß es eine Arbeitsbereitschaft in der Zuckerindustrie nicht gibt, suchen sie jetzt klarzulegen, daß zwei Stunden als Arbeitsbereitschaft gelten und daß die vorherige Bezahlung nur guter Wille war. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Am 22. September soll sich der oberste Schlichtungsausschuß mit der Frage beschäftigen; ob eine Regelung zustande kommt, ist nicht zu sagen. Zusammengefaßt zeigt sich, daß Arbeitszeitfragen Machtfragen sind und daß der Hauptwert auf eine tarifliche Regelung gelegt werden muß. Dies setzt aber, um einen erträglichen Arbeitsvertrag zu erhalten, voraus, daß ein gutes Organisationsverhältnis besteht. Nur so wird es möglich sein, die Arbeitszeitfrage im günstigen Sinne für uns zu lösen. Mit der Aufforderung, die Organisation zu stärken und zu fördern, schloß der Vortragende seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Dann sprach Kollege Tolski über die Lohnfrage. In treffenden Ausführungen zeigte er, wie eng die Lohn- und Arbeitszeitfrage zusammenhängt. Es muß unseren Kollegen immer wieder eingehämmert werden, daß eine lange Arbeitszeit nur scheinbar Mehrverdienst bringt. Die Unternehmer suchen mit allen Mitteln eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Wenn es gelang, noch immer zu Tarifabschlüssen zu kommen, so ist hierbei das Vorgehen einiger Betriebe anzuerkennen, die trotz ungünstiger Lage den Kampf aufnahmen. Am schlechtesten steht es in den Betrieben um Halle aus. Die einstigen radikalen Schreier auf den Konferenzen leisten heute den Unternehmern Bütteldienste. Die Zuschläge für Postenleute und Handwerker müssen in ein festes Verhältnis gebracht werden, ebenso muß verlangt werden, daß für Akkordarbeiter die Sonntagszuschläge zu zahlen sind. Die Lohnregelung ist stets schwierig; die Funktionäre müssen danach hinstreben, daß eine geschlossene Front der Arbeitnehmer im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands geschaffen wird; nur so kann ein günstiger Tarif abgeschlossen werden. Die nach den Vorträgen einsetzende Aussprache zeigte, daß unsere Kollegen nicht gewillt sind, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Kauf zu nehmen. Einige Redner wiesen besonders darauf hin, daß es nicht nur notwendig ist, sich zu organisieren, sondern daß auch die Parolen der Organisation befolgt werden müssen. An Beispielen aus den Betrieben wurde gezeigt, daß die Organisation stets den richtigen Weg wies. Ein Kollege aus Halle teilte mit, daß dort in einem Betriebe, wo es einmals sehr lau herging, die Belegschaft zweimal im Jahre am Sonnabend entlassen und am Montag wieder eingestellt wird, Urlaub gibt es in diesem Betriebe nicht, trotzdem der Arbeitgeber der vertragschließenden Partei angehört. In einer inzwischen eingegangenen Resolution äußerten sich alle Redner zustimmend. Zusammengefaßt, zeigte die Aussprache, daß die rege geistige Entwicklung auch in der Arbeiterschaft der Zuckerindustrie weitergeht, daß die Versuche der Unternehmer, die Arbeiterschaft durch Werksgemeinschaft für sich zu gewinnen, gescheitert sind. Der Gedanke, daß nur der feste Zusammenschluß der Arbeitenden hilft, daß aus eigener Kraft nur Großes und Gutes geleistet, schreitet fort und berechtigt zu der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie es ablehnt, in die alte Knechtschaft zurückzukehren. Nach der Aussprache fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die am 18. September 1927 in Köthen tagende Konferenz für die Arbeiterschaft der rübenverarbeitenden Zuckerfabriken Mitteldeutschlands stellt im Gegensatz zu der Auffassung der Arbeitgeber fest, daß es eine Arbeitsbereitschaft in der rübenverarbeitenden Zuckerfabrik nicht gibt. Die Zuckerfabriken sind in der Lage, in drei Schichten zu je 8 Stunden ihre Produktion am besten durchzuführen. Wo heute noch in 2 Schichten zu je 12 Stunden gearbeitet wird, liegt es an den veralteten technischen Einrichtungen der Werke und an der geistigen Rückständigkeit der Werksleitung, die sich nicht an eine rationelle Betriebsführung und an die Forderungen der neuen Zeit gewöhnen können. Es wird notwendig sein, daß die Gewerbeaufsichtsbehörden die Betriebe genau kontrollieren und feststellen, ob gegen das Arbeitszeitnotgesetz verstoßen wird. Die Delegierten versprechen, alles daranzusetzen, daß die Arbeiterschaft in den rübenverarbeitenden Zuckerfabriken sich restlos dem zuständigen Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands anschließt und erkennen an, daß nur so die Gewähr gegeben ist, menschenwürdige Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen."

Im Schlußwort behandelte Kollege Senkfeil eingehend alle in der Aussprache aufgeworfenen Fragen. Besonders begrüßte er es, daß eine scharfe Beobachtung der Arbeitsmethoden aus der Aussprache hervorging. Dies ist ein Zeichen, daß unsere Kollegen aufmerksam die oft im Verbandsorgan und der Presse erörterten Fragen verfolgen. Er wünschte noch eine bessere Berichterstattung über Unfälle in der Zuckerindustrie. Dies ist eine der Hauptaufgaben der Funktionäre. Noch einmal wies er darauf hin, daß der Kampf um das Dreischichtensystem notwendig ist und daß hier die Betriebsvertretungen alles tun müssen, um die Argumente der Arbeitgeber zu widerlegen. Kollege Tolski behandelte im Schlußwort die Lohnfrage und begrüßte es, daß alle Redner als erste Voraussetzung für weitere Erfolge den Ausbau der Organisation anerkennen. Er beantwortete einige Anfragen und schloß die Konferenz mit dem Hinweis, daß alles getan werden muß, um die aufgestellten Forderungen durchzusetzen. H. H.

Die „Not" der Nährmittelindustrie.

Bei allen wirtschaftlichen und sonstigen Verhandlungen kann man von den Industriellen immer wieder die Klage hören, der Industrie geht es schlecht, wir verdienen nichts, ja, wir setzen zu usw. Uns ist der Geschäftsbericht der Schüle-Hohenlohe-A.-G., Kassel-Plüdershausen-Gerabronn über das Geschäftsjahr 1926 zugegangen. In dem Bericht des Vorstandes wird folgendes gesagt:

„Im abgelaufenen Jahre gelang es, den Absatz im Teigwaren- und Nährmittelgeschäft bei allerdings zum Teil unzureichenden Preisen befriedigend weiter zu entwickeln. Dagegen lassen die Absatzverhältnisse für Kakao- und Schokoladenfabrikate nach wie vor zu wünschen übrig."

Diese Einleitung sieht, wenn man bedenkt, daß die Industriellen in der Regel auch bei gutem Geschäftsgang nach außen hin nicht prahlen, gerade nicht so aus, als ob das Geschäft sehr schlecht geht. Aus der Bilanz ergibt sich dann auch folgendes: Es wurde im Jahre 1926 einschließlich eines Vortrages von 67 242,62 Mark ein Reingewinn von insgesamt 443 392,14 Mark erzielt. Von diesem Reingewinn werden auf das Aktienkapital von 3 200 000 Mark 7 Prozent Dividende verteilt. Ferner wird auf die Gewußrechte aus Altbesitz auf Grund des Aufwertungsgesetzes 2 Prozent vergütet. Der Aufsichtsrat erhält 22 744,55 Mark. Den Wohlfahrtskassen werden 20 000 Mark überwiesen und auf Sonderrücklage werden 100 000 Mark abgeschrieben. Der Rest von 56 388,59 Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen. Dieser Geschäftsabschluß sieht nun gerade nicht danach aus, als ob die Nahrungsmittelindustrie Not leidet. Aus dem Geschäftsbericht geht ferner hervor, daß die Beschäftigung im neuen Geschäftsjahr bisher ebenfalls eine befriedigende war.

Gleichfalls liegt uns der Geschäftsbericht der C. H. Knorr-A.-G., Heilbronn, über das Jahr 1926/27 vor. In diesem wird einleitend gesagt:

„Der Heilbronner Betrieb war im abgelaufenen Geschäftsjahre zwar nicht gleichmäßig, im allgemeinen aber ausreichend beschäftigt. Die Verkaufspreise sind gedrückt und der Wettbewerb nimmt immer schärfere Formen an. Das Exportgeschäft hat im abgelaufenen Geschäftsjahre wieder zugenommen, bewegt sich aber noch in bescheidenem Rahmen, da wir eben mit dem unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Ausland nur schwer konkurrieren können. Unsere auswärtigen Tochtergesellschaften haben befriedigend gearbeitet.

Diese Einleitung klingt zunächst etwas pessimistisch. Über die Aussichten für das laufende Jahr wird aber gesagt, der Auftragseingang sei normal und die Kundschaft sei mit den Lieferungen zufrieden. Man hofft, daß auch das laufende Jahr befriedigend abschließen werde. Der Reingewinn beträgt „nach Abzug der satzungsmäßigen und außerordentlichen Abschreibungen sowie der vertragsmäßigen Gewinnanteile" 798 455,32 Mark. Davon wird für Werkerhaltung und Erneuerung 100 000 Mark abgeschrieben, für Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke 50 000 Mark, für Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter 80 000 Mark. Wieviel davon die Arbeiter erhalten, ist nicht ersichtlich. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 10 Prozent. Zuzüglich des Vortrages aus dem Vorjahre von 181 505,57 Mark betrug der Gesamtgewinn 979 960,89 Mark. Auf das nächste Jahr werden 210 045,89 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Hier ist zunächst festzustellen, daß der Reingewinn neben den „vertragsmäßigen Gewinnanteilen" erzielt ist. Wie hoch diese sind, geht aus dem Bericht nicht hervor. Es sind also neben den 10 Prozent an die Aktionäre andere Gewinne jedenfalls in erheblichem Umfange erteilt.

Aus dem Bilanzkonto ist ersichtlich, daß der Eisenbahnanschluß mit 1 Mark, der Fuhrpark ebenfalls mit 1 Mark, Mobiliar und Geräteschaft mit 5 Mark zu Buche stehen. Es ist selbstverständlich, daß diese Gegenstände Werte präsentieren, die in die Hunderttausende gehen. Aus den Gewinnergebnissen sind diese Werte angeschafft und sie werden, um sie überhaupt in der Bilanz aufzuführen, mit einem lächerlich geringen Betrage aufgeführt.

Sehen wir uns die beiden Geschäftsberichte an, so kann nicht gesagt werden, daß diese Unternehmungen Not leiden. Sie stellen Produkte her, die in erster Linie von der Arbeiterschaft verbraucht werden. Hoffentlich denken sie auch bei anderer Gelegenheit daran, daß ihre eigene Arbeiterschaft so gestellt wird, daß sie die Produkte kaufen kann. E. S.

Verschiedene Industrien

Die Absatzländer der deutschen Spielwarenindustrie.

III.

Chile. Während der ersten Jahre nach dem Kriege hat die Spielwarenindustrie der Vereinigten Staaten nichts unversucht gelassen, um den Markt für Spielwaren in Chile für sich zu erobern. Die deutsche Spielwarenindustrie, die bis zum Ausbruch des Krieges in Chile Monopolstellung hatte, wurde verdrängt. In den letzten Jahren ist es ihr wieder gelungen, festen Fuß zu fassen und die amerikanische Konkurrenz zurückzudrängen. In der Hauptsache sind es Puppen und Blechspielwaren, die der deutschen Spielwarenindustrie den Weg zum chilenischen Markt wieder geebnet haben. Die Vereinigten Staaten begnügen sich jetzt mit Belieferung von Kinderrollern und -fahrrädern sowie Gummispielsachen. Eine starke Konkurrenz gegen Deutschland stellt auch hier Japan mit seinen billigen Zelluloidspielwaren dar. Als Einfuhrländer für Gummispielsachen kommen neben den Vereinigten Staaten noch Ungarn und Deutschland in Frage. Der Anteil Deutschlands ist als sehr gering zu bezeichnen. Die heimische chilenische Spielwarenindustrie hat sich auf Kinderfahrräder und -automobile eingestellt. Sie tritt als starke Konkurrenz gegen die im Preis viel höher stehenden Produkte der Vereinigten Staaten auf.

Jugoslawien. In Jugoslawien (Kroatien, Slawonien und Serbien) ist nur eine geringe heimische Spielwarenindustrie vorhanden. Die Nachfrage muß fast in vollem Umfange durch Einfuhr gedeckt werden. Als Einfuhrland kommt in erster Linie Deutschland in Frage. Die Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Jugoslawien in Spielwaren zeigt eine stete Steigerung auf und verspricht, ein gutes Absatzgebiet für die deutsche Spielwarenindustrie zu werden. 1926 wurden 1036 Doppelzentner deutscher Spielwaren eingeführt. Bis zum Mai d. J. waren es 317 Doppelzentner.

Frankreich. 1913 führte Deutschland nach Frankreich rund 29 000 Doppelzentner Spielwaren aus. 1926 waren diese Zahlen auf 2000 Doppelzentner gesunken. Ein Vergleich der Zahlen zeigt die Entwicklung der französischen Spielwarenindustrie in vollem Umfange an. In der Vorkriegszeit hat Frankreich nur wenig Spielwaren exportiert. Heute tritt es auf fast allen Kontinenten als nicht zu unterschätzende Konkurrenz der deutschen Spielwarenindustrie auf. Wie stark die französische Konkurrenz Deutschland gegenüber geworden ist, geht aus der Tatsache hervor, daß Frankreich im Jahre 1926 10 Prozent der deutschen Spielwareneinfuhr bestritten hat, also sogar mit seinen Spielwaren günstigen Absatz auf dem deutschen Markt gefunden hat.

Die französische Spielwarenindustrie macht alle Anstrengungen, die deutsche Konkurrenz nicht wieder auf den französischen Markt kommen zu lassen. Die neuen Einfuhrzölle auf deutsche Spielwaren sind Beweis dafür.

Australien. Durch die eigene Erzeugung von Spielwaren wird in Australien, da die Industrie noch unbedeutend ist, nur ein geringer Teil der nationalen Nachfrage gedeckt. Das Land ist deshalb in der Hauptsache auf Einfuhr angewiesen. Ob dieser Zustand auf die Dauer so bleibt, ist abzuwarten. Vorhandene Tendenzen zeigen darauf hin, daß auch Australien versucht, sich eine unabhängige Spielwarenindustrie aufzubauen. Vor allen Dingen sind Bestrebungen im Gange, eine eigene Puppenindustrie einzurichten. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß die Erfolge sich qualitativ auswirken könnten, so muß doch mit Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Interessenten, wenn die finanziellen Erfolge ausbleiben, bei der australischen Regierung Einfuhrzölle beantragen werden. Für die deutsche Puppenindustrie würde eine sich entwickelnde australische Puppenindustrie empfindliche Schädigungen nach sich ziehen.

An der Einfuhr mit Spielwaren nach Australien beteiligen sich neben Deutschland, das 1925 mit 134 767 Pfund an erster Stelle steht, England mit 90 238 Pfund, Japan mit 49 238 Pfund, Amerika mit 27 093 Pfund, Frankreich mit 7219 und die Tschechoslowakei mit 4190 Pfund. Deutschland konnte seine Einfuhr in den letzten Jahren verdoppeln. Alle anderen beteiligten Länder sind in der Einfuhr zurückgeblieben.

Aus Deutschland sind seit 1923 für Spielwareneinfuhr nach Australien folgende Zahlen in Menge und Wert genannt worden:

Jahr	in Doppelzentner	Wert in Mark
1923 . .	314	950 000
1924 . .	768	1 900 000
1925 . .	11 790	2 888 550
1926 . .	11 788	3 200 244
einschließlich Mai 1927 . .	2 234	593 714

Aus Deutschland werden eingeführt Puppen, Sprechpuppen und billige Metallspielwaren. Ferner Qualitätsspielwaren ohne und mit Mechanik. Amerika liefert Kinderauto und -wagen sowie Eisenbahnen. Japan deckt den Spielwarenbedarf für Australien aus Zelluloid und Gummi.

Österreich. Die nationale Spielwarenindustrie hat sich in der Nachkriegszeit gut entwickelt. Sie ist jedoch nicht so stark, daß sie den Bedarf decken kann. Die österreichische Spielwarenindustrie erzeugt in der Hauptsache: Gummi-, Holz-, Zelluloid- und Textilspielwaren. Deutschland und die Tschechoslowakei füllen die fehlenden Mengen durch Einfuhr auf. Die eingeführten Spielwaren aus Italien, Frankreich und England sind von weniger Belang, da nur ganz geringe Posten in Frage kommen.

Aus Deutschland eingeführte Spielwaren zeigen seit 1923 folgendes Bild:

Jahr	in Doppelzentner	Wert in Mark
1923 . .	53 050	1 850 000
1924 . .	61 040	2 070 000
1925 . .	65 057	1 606 000
1926 . .	66 095	1 603 000
einschließlich Mai 1927 . .	15 093	352 000

Belgien. 1913 betrug die Einfuhr der deutschen Spielwaren nach Belgien 17 250 Doppelzentner. In der Nachkriegszeit konnten diese Zahlen nie wieder erreicht werden. Das hatte seine Ursache darin, daß die belgische Bevölkerung infolge des Krieges den deutschen Waren ablehnend gegenüber steht. Dazu kam, daß die belgische Zollpolitik für deutsche Spielwaren sehr hohe Zollsätze vorsah. Die deutsche Einfuhr mußte aus diesen Gründen stark zurückgehen. Die französische Spielwarenindustrie hat diesen Zustand ausgenutzt und sich des belgischen Marktes bemächtigt. Daß es für die Zukunft Deutschland gelingt, seine Vorkriegspositionen für Spielwaren in Belgien wieder zu erringen, ist jedoch wahrscheinlich. Der jetzt geltende Handelsvertrag zwischen Deutschland und Belgien findet auch in den belgischen Mandatsgebieten und in der Kongokolonie Anwendung.

Die Einfuhr von Spielwaren aus Deutschland hat seit 1923 nachstehende Entwicklung genommen:

Jahr	in Doppelzentner	Wert in Mark
1923 .	7973	1 440 000
1924 . .	5232	1 030 000
1925 . .	9231	2 261 000
1926 . .	4943	1 300 000
einschließlich Mai 1927 . .	2520	557 000

Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei trat schon in der Vorkriegszeit als leistungsfähige Konkurrenz gegen deutsche Spielwarenprodukte auf. Der Hauptsitz der tschechischen Spielwarenindustrie liegt im böhmischen Erzgebirge. Auch in Prag und Eger sind leistungsfähige Niederlassungen vorhanden.

Die tschechische Puppenindustrie ist gut entwickelt. Die niedrigen Löhne in der Tschechoslowakei begünstigen diese Industriegruppe noch, so daß Deutschland auf dem tschechischen Markt nur geringfügigen Absatz finden kann. Auch in Künstlerpuppen und Stoffiguren, für welche die Tschechoslowakei ein sehr günstiges Absatzgebiet für Deutschland war, ist die Einfuhr stark gedrückt. Für diese Artikel sind in der Nachkriegszeit eine Reihe Betriebe entstanden, die den heimischen Markt selbst beliefern. Dazu kommt, daß vom tschechischen Staat und der industriellen Organisation für einige Spielwaren aus Emaille und Aluminium starke Propaganda getrieben wurde nach der Richtung hin, daß die Bevölkerung nationale Spielwarenprodukte kaufen solle. Diese Propaganda hat auf die tschechische Bevölkerung stark gewirkt. Das kaufende Publikum verlangt in Spielwarengeschäften in der Regel nur tschechische Spielwaren. Für Deutschland dürfte aus allen angeführten Gründen die Tschechoslowakei kein günstiges Absatzgebiet in der Zukunft darstellen. Die Entwicklung der Einfuhr deutscher Spielwarenprodukte nach der Tschechoslowakei stellt sich von 1923 an wie folgt:

Jahr	in Doppelzentner	Wert in Mark
1923	2630	300 000
1924	2840	1 400 000
1925	3816	888 920
1926	3592	945 000
einschließlich Mai 1927	917	202 677

H. Elflein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Haynau i. Schl. Fahnenweihe unseres Verbandes. Am Sonntag, dem 11. September, fand in Haynau das Fest der Fahnenweihe der hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes statt. Zu gleicher Zeit konnte fünf Kollegen das Verbandsdiplom verliehen werden, die 25 Jahre und länger treue Mitglieder unseres Verbandes waren. Haynau ist seit 1919 mit Liegnitz zur Bezirkszahlstelle verschmolzen. Bei schönstem Wetter konnte das Fest im Volkshaus in Haynau abgehalten werden. Kollege Gampig, der Leiter der Bezirkszahlstelle, hob in der Festrede die Verdienste der einzelnen Mitarbeiter hervor und betonte, daß in Haynau die Krisis als überwunden zu betrachten sei. Die Werksgemeinschaft in der Papierfabrik komme nicht mehr vorwärts; in der Zuckerfabrik sind alle Arbeiter restlos bei unserem Verbande, desgleichen in der Bielauer Ziegelei. Goldberger und Liegnitzer Mitglieder halfen das Fest verschönern. Die Arbeitersänger von Haynau sangen schöne Lieder. Auch das Reichsbanner rückte mit Musik und Fahne an. Fast alle Gewerkschaften von Haynau waren mit ihren Fahnen vertreten. Ein Glückwunschschreiben des Hauptvorstandes verlas Kollege Rieger. Alle Festteilnehmer gelobten, an den Aufstieg des Verbandes weiter mitzuarbeiten, noch eifriger mitzuarbeiten, um den letzten unorganisierten Arbeiter in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu führen.